# Vorbemerkung.

Zu denjenigen Tagesfragen, welche das Interesse der weitesten Kreise mehr und mehr in Anspruch nehmen und für welche das Verständnis sich immer mehr zu entwickeln beginnt, gehört in erster Linie die Silberfrage.

Die Interessen des Weltverkehres sind durch Tausende von Fäden mit dieser rein ökonomischen Frage verbunden und fordern gebieterisch eine Lösung.

Vieles, zum Theil auch recht Bemerkenswerthes, ist in dieser Hinsicht bereits geschrieben worden und mancherlei Vorschläge haben ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden.

Jedoch darf hier hervorgehoben werden, daß sich bis jetzt fast ausschließlich Gelehrte und Journalisten damit beschäftigt haben, diese Frage zu ventiliren; insbesondere sind gerade in den letzten Tagen von solcher Seite Vorschläge gemacht worden, die nicht das Gepräge durchgreifender Maßregeln tragen, vielmehr auf Palliativmittel hinauslaufen, welche, wenn sie verwirklicht würden, dem betreffenden Staate höchstens einen vorübergehenden Erfolg, wenn überhaupt, sichern würden!

Es sei daher verstattet, auch die Ansicht eines im langjährigen Verkehr mit den Silberländern praktisch erfahrenen Kaufmannes zu hören, nach dem alten römischen Grundsatze:

audiatur et altera pars.

Den ersten wesentlichen Anstoß zur Erschütterung des Silberpreises gab die in den Jahren 1871—73 durchgeführte deutsche Münzreform; durch den vom deutschen Reiche beschlossenen Uebergang zur Goldwährung wurden bedeutende Mengen Silber abgestoßen und gingen in den freien Markt über; naturgemäß mußten Verkäufe in solchem Umfange, dem vielfach eine entsprechende Nachfrage nicht entgegenstand, auf den Silberpreis drücken.

Dieser Rückgang des weißen Metalles wurde durch ähnliche Disposionen der nordischen Länder, (Schweden, Norwegen, Dänemark u. a.) die gleich Deutschland sich zur Annahme der alleinigen Goldwährung entschlossen, weiter verschärft und fand ferner durch die Einschränkung der Silberausprägung in mehreren anderen Staatengruppen Europas weitere Unterstützung.

Dabei hob sich die Ausbeute an Silber in den verschiedensten Gegenden der Erde successive immer mehr und mehr und zwar nicht allein durch Erschließung neuer Minen, sondern auch durch technische Vervollkommnung der Production an sich.

Wir dürfen nach den von Sachverständigen gemachten Berechnungen annehmen, daß sich die Production an Silber während der letzten 20 Jahre auf das $2^{1}/_{2}$ fache der um 1870 vorhandenen Ausbeute steigerte.

Mußte die Schwäche des Silbermarktes schon durch die successive Einschränkung der Ausprägung vieler Staaten und durch die vermehrte Production chronisch werden, so nahm die Krisis im Jahre 1893 eine akute Wendung, als die Schließung der anglo-indischen Münzstätten für die freie Silberprägung, sowie die Aufhebung der amerikanischen Silberbill von 1890 verfügt wurden.

Wir haben daher als bestimmende Ursachen des Silber-Rückganges zunächst folgende Factoren in Rechnung zu ziehen:

1) Die Dispositionen der europäischen- und Unionsstaaten insoweit sie sich auf alleinige Heranziehung des Goldes als Währungsmetall und Demonetisirung des Silbers erstreckten;
2) die uneingeschränkte, nach und nach enorm angeschwollene Production an Silber selbst.

## II.

# Wirkungen des Silberfalles.

Die Entwerthung des Silbers geht seit ca. 20 Jahren mit der Verbilligerung resp. Werthsminderung fast aller produzirten Güter auffallend parallel; selbst wenn wir die technische Vervollkommnung der letzten beiden Jahrzehnte in Anschlag bringen, liegen doch Abschläge in den Preisen vieler Artikel vor, die mit der Verbesserung der mechanischen Hilfsmittel allein nicht begründet werden können.

Eine lehrreiche Tafel hierüber befindet sich in Henzes illustrirtem Anzeiger für Comptoir vom Jahre 1888 und darf auf dieselbe Bezug genommen werden.

Seitdem hat sich diese Werthsminderung besonders an solchen industriellen Erzeugnissen, welche in den Export übergehen, immer schärfer herausgebildet und es kann für den Kenner industrieller Verhältnisse keinem Zweifel unterliegen, daß die meisten für den Export arbeitenden Industrien durch den constanten Silberfall schon seit längerer Zeit mit einer Nothlage kämpfen, welche in mangelndem Absatze, schlechten oder doch ganz unauskömmlichen Preisen, Herabdrückung der Löhne mangels Beschäftigung, Verkürzung der normalen Arbeitszeit, ihren beredten Ausdruck findet.

Die bedeutenden Waarenmengen, welche die Silberländer direct oder durch zweite Hand schon seit Jahren aus unseren Gegenden beziehen, haben in unseren deutschen Bezirken spezielle Industrien herangebildet, welche hunderttausenden fleißiger Hände Beschäftigung bieten.

Dieser Bedarf nun, der zu seiner Sättigung in normalen Zeiten namhafte Forderungen an die Leistungsfähigkeit unserer Productionsbezirke stellt, weist in den letzten beiden Jahren starken Rückgang auf, weil die Kaufkraft der betreffenden Landeswährungen immer mehr geschwunden ist und resp. schwindet.

Diese Verminderung der Kaufkraft hängt wieder mit der durch das Disagio bedingten Preissteigerung unserer Artikel in den

Importländern zusammen, welche die Einfuhr ganzer Serien von Waaren einfach unmöglich gemacht hat.

Europa wünscht in Gold zu verkaufen, um einen fixen Preis calculiren zu können; die Silberländer (und auch die Disagioländer wie Griechenland, Portugal, Serbien ꝛc. dürfen wir in Rechnung ziehen), können aber über die bestehende Differenz ihrer Währungen gegen Gold nicht hinwegkommen; sie können dies so lange nicht, als diese Verhältnisse weiter wirken und sind demzufolge für eben so lange Zeit außer stande, ihren normalen Bedarf zu entfalten.

Das Ausbleiben eines nach allen Richtungen hin sich verzweigenden Consumes, das Sinken des Werthes namhafter Forderungen, die in jenen Ländern creditweise angelegt sind, das kostspielige Bestreben der besseren Fabrikanten, eine gewisse Zeit lang auf Lager arbeiten zu lassen, um sich gute Arbeiter und für später kommende bessere Zeiten ihren Absatz zu erhalten, sind Factoren, die ganz von selbst ihre traurige Wirkung üben.

Der heutige Stand der Weltconcurrenz zwingt zu schärfster Calculation und schon hier in unseren Exportländern wird mit kleinem Nutzen gerechnet; der Fabrikant oder Exporteur kann daher unmöglich der Abwärtsbewegung der Valuten unausgesetzt folgen.

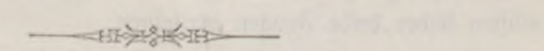
Ganz ähnlich aber sind die Dinge in den Importländern gelagert; dort vermag niemand seine Inlandspreise in der Landeswährung so hoch hinauf zu schrauben, als die Differenz auf Silber resp. das jeweilige Disagio dies bedingen würden.

Die unausbleibliche Folge ist daher der geschäftliche Stillstand und damit der allgemeine Verlust.

Es soll nicht vergessen werden, daß auch die Zollpolitik der größeren Staaten (einschließlich Nordamerika) Industrie und Handel schädigten; indessen können hier günstige Handelsverträge vieles wieder gut machen; gegen die Schäden der Silberentwerthung sind aber erst noch Mittel zu schaffen und zwar Mittel, welche es auch ermöglichen müßten, der durch den Silberrückgang geschädigten Landwirthschaft neben Industrie und Handel einen neuen Impuls zu verleihen.

Wir haben daher als Wirkungen des Silberfalles zunächst in's Auge zu fassen:

1) die starke Verminderung der Kaufkraft unserer betreffenden Importländer,
2) den durch geschäftlichen Stillstand, schlechte Preise und Arbeitskürzung hervorgerufenen Nothstand unserer Export-Industrie, sowie des damit verbundenen Arbeiterstammes,
3) die Nothlage der Landwirthschaft, in soweit sie der durch den Silberfall gewaltig verschärften Concurrenz des Auslandes preisgegeben ist.



## III.

## Doppelwährung in Deutschland.

Es sind schon viele Vorschläge zur Silberlage gemacht worden und sicher allerseits mit dem Bestreben, der Sache zu nützen, Aufklärung zu schaffen und Mittel anzudeuten, aus denen Besserung entsprießen könne.

Indessen läuft der Hauptvorschlag der eigentlichen Silbermänner immer darauf hinaus, die Doppelwährung alten Styles in Deutschland wieder einzuführen.

Ist nun dieser Vorschlag annehmbar? Kann er von Deutschland ohne Schädigung höherer Interessen durchgeführt werden? Wir müssen leider beide Fragen verneinen.

Um zum Bimetallismus (Doppelwährung) zu gelangen, müßte Deutschland seine jetzige gesicherte Währungsstellung aufgeben und sich entschließen, Gold für Silber im Verhältnisse von 1 : 15½ herzugeben.

Nun stellt sich das factische Verhältnis von Gold zu Silber heute am offenen Markte wie folgt:

1 Kilo Feingold rund *M.* 2800.—
1 „ Feinsilber „ „ 85.—

das ergibt mithin ein Verhältnis von 1 : 33; während wir für 1 Kilo Feingold heute 33 Kilo Feinsilber kaufen können, soll demnach Deutschland bereits für 15½ Kilo Silber ein Kilo seines Goldes hergeben.

Es leuchtet ein, daß schon vom kaufmännisch rechnerischen Standpunkte aus eine solche Maßregel zum Ruin der jetzigen deutschen Währung führen müßte; allerdings würde infolge eines solchen Vorgehens des deutschen Reiches das Silber am Weltmarkte eine Weile in die Höhe gehen; aber die Kassen der Reichsbank (und die der übrigen Banken dazu) würden sehr bald von allen Goldbeständen gesäubert sein, die Silberproduction mit Hochdruck weiter arbeiten und die alte Misère nicht nur ganz neu

wieder beginnen, sondern Deutschland in eine Finanzkrise stürzen, deren Ausgang zunächst gar nicht abzusehen wäre.

Wir kommen daher dieser Frage gegenüber zu dem Schlusse, „daß Deutschland allein die Doppelwährung ohne „Heraufbeschwörung des eigenen Ruines gar nicht mehr „einführen kann."



## IV.

# Einseitige vergebliche Anstrengungen.

Die Verhältnisse verbieten es von selbst, daß Deutschland allein zur Rehabilitirung des Silbers schreite; nicht minder schwierig liegen die Aussichten in dieser Frage für alle übrigen Staaten.

Anderseits aber drängt sich uns immermehr die Ueberzeugung auf, daß etwas geschehen müsse, um dem Silber wieder die Eigenschaft eines stabilen Werthmessers zu verschaffen, nachdem wir dieses Metall als subsidiäres Zahlungsmittel selbst innerhalb des Kreises der Goldstaaten nicht entbehren können und nachdem die eigentlichen Silberländer wie China, Indien, Mexiko und andere, überhaupt für noch lange Zeit außer Stande sein dürften, zur Goldwährung überzugehen.

Die Einzelanstrengungen Englands, das Währungsgebiet der ostindischen Rupies vom Tagespreise des Silbers dadurch unabhängig zu gestalten, daß man im Vorjahre die Einführung der Goldrechnung auf Grund eines Goldpreises von Shilling 1/4 pence für 1 Rupie decretirte und ferner die Schließung der indischen Münzstätten für freie Silberausprägung verfügte, haben leider dem Drucke der Verhältnisse nicht lange widerstehen können; dieser Währungsversuch Englands, dessen Industrie und Handel von der Silberentwerthung unter allen Ländern am schwersten betroffen werden, schlug fehl und erbrachte damit den Beweis, daß selbst ein so finanzkräftiges Land wie England ohne die Unterstützung anderer Staaten dem Silber gegenüber keinen dauernden Erfolg zu erringen vermochte!

Die Führung des Staatshaushaltes bringt es mit sich, daß die anglo-indische Regierung allwöchentlich sehr bedeutende Verkäufe von Silberrimessen in London effectuirt und obschon auch heute noch der Preis einer Rupie nicht unwesentlich über dem Tagespreise des Silbers steht, so hat sich doch unter dem Einflusse der allgemeinen Silberbaisse der Werth dieser Münze nach Erlaß des vorjährigen Decretes von Shilling 1/4 pence auf heute Shilling 1/1 5/8 pence ermäßigt, was mithin einem Verluste von 15% gleichkommt.

Dieser Verlust summirt sich durch die Regelmäßigkeit seiner wöchentlichen Wiederholung zu Millionen, welche die anglo-indische Regierung einbüßt; das indische Budget ist infolge dieser fortgesetzten Verluste an der Valuta bedenklich aus seinem Gleichgewichte gerückt und dürfte das die Stimmung der englischen Regierung, sich wegen des Silbers mit den anderen Staaten zu vereinbaren, mittlerweile günstig beeinflußt haben.

Von seiten der übrigen Staaten ist seither weiter kein Versuch gemacht worden, aktiv in die Silberbewegung einzugreifen; den verschiedenen Silberausprägungen der letzten Zeit und solchen, die noch in Aussicht stehen (z B. die geplante deutsche Ausprägung von 22 Millionen, welche dem notorischen Mangel an Courant abhelfen soll, dann die bulgarische ꝛc.) wohnt selbstredend nur ein ganz vorübergehender Einfluß auf die Preislage des Silbers inne.

Wir bedürfen aber für dieses Metall unbedingt wieder eines festen Preises, wenn es seine im Weltverkehr doch immerhin noch sehr bedeutende Position als Werthmesser neben dem Golde wieder einnehmen soll.

Hieraus erhellt für uns die Ueberzeugung daß:

1) nur solche Vorschläge, welche die Interssen aller Silber produzirenden Staaten verbinden, Erfolg haben können,
2) die Basis aller und jeder erfolgreichen Maßregel zur Hebung des Silberpreises nur eine Convention aller Silberstaaten bilden kann

## V.

## Vorschläge.

Schon vor Jahresfrist waren wir in der Lage, gegenüber befreundeten Personen der Bankbranche darauf hinzuweisen, daß die Lösung der Silberfrage nur im Wege des Staatsmonopoles oder einer sehr hohen Productionssteuer gefunden werden könne!

Wir monopolisirten schon mit Erfolg Salz, Schwefelhölzer, Tabak, Petroleum, Eisenbahnen &c. und es wird wohl noch manches monopolisirt werden müssen, um neue Steuerquellen für erhöhte Bedürfnisse zu schaffen; warum nicht die Silberproduktion, an welcher heute das Interesse des Weltmarktes hängt?

Sei es durch Gesetz, sei es durch Enteignungsverfahren, wird sich der Uebergang aller Silberminen in Staatsbetrieb sicherlich durchführen lassen; die produzirenden Staaten hätten zu diesem Zwecke eine Convention zu schließen, der Art, daß ein gemeinschaftliches Verkaufs-Comptoir — am besten in London — für Rechnung Aller alleiniger Abgeber von Silber zu einem bestimmten Minimalpreise wäre.

Diese Centralverkaufsstelle hätte also den freien Markt mit Silber zu versorgen, und, nachdem der prozentuale Antheil jedes Staates am Verkaufe durch vertragsmäßige Festsetzung vorher vereinbart worden wäre, die Erlöse für das verkaufte Silber nach Maßgabe der einzelnen Betheiligungen abzuführen.

Die Frage zu entscheiden, ob es sich empfehlen würde, den einzelnen Staaten gleichzeitig zu gestatten, den innerhalb ihres eigenen Grenzgebietes herantretenden Silberbedarf direkt zu befriedigen, jedoch nicht unter dem festgesetzten Minimalpreise, wäre Sache der Vereinigung.

Sollten in gewissen Staaten die Landesgesetze dem Monopolbestreben hindernd in den Weg treten, so bliebe die Wahl, dergleichen Hindernisse im Gesetzeswege zu beheben oder, wenn auch das vor Ablauf bestimmter Fristen sich nicht durchführen ließe,

die Auflage einer hohen Productionssteuer auszusprechen, welche die volle Differenz zwischen dem niedrigsten Marktpreise und dem festgesetzten Conventionspreise betragen müßte!

In jedem Falle sind hier den betheiligten Staaten neue Einnahmen gesichert; ob die Bergwerke im Monopolfalle nur in Staatsregie (unter Abgabe einer bestimmten Quote an die eigentlichen Vorbesitzer) verwaltet zu werden, oder gleich in Staatsbesitz überzugehen hätten, sind finanzielle Fragen; Staatsanlehen, deren Verzinsungsbasis ertragssichere Bergwerke wären, würden unseren Großbanken gewiß den höchsten Emmissionsanreiz gewähren.

Die Feststellung des Silberpreises sofort auf das alte Silberpari von 1860/70 zu bringen, dürfte gewichtigen Bedenken begegnen, weil das in manchen Gebieten zu einer Gegenkrisis führen könnte; dagegen würde ein Mittelweg in der Fixirung des Preises auf etwa 48 pence per englische Unze = ℳ. 144.— per Kilo zunächst wohl das Richtige treffen.

Die später successive folgende Höhersetzung des Preises bis zum vollen pari von 60 pence = ℳ. 180.— per Kilo wäre dann eine weitere angenehme Aussicht auf erhöhte Einnahmen aus dieser Quelle für alle betheiligten Regierungen.

Es ist selbstverständlich, daß mit Annahme solcher oder ähnlicher Dispositionen von einer anderen als staatlichen Silberausprägung in der Zukunft keine Rede mehr sein könnte. —

Möchten diese Ausführungen bei den maßgebenden Personen gute Aufnahme finden.

**Nürnberg**, im März 1894.

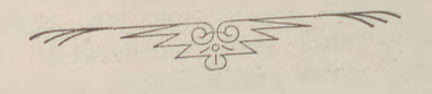
**Paul Marx.**

# Die neue Silberkommission.

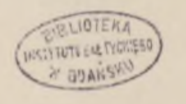
Von

Ludwig Bamberger.

Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Die Nation".



Berlin.
Verlag von Rosenbaum & Hart.
1894.




Druck von H. S. Hermann in Berlin

# I.

Als im Sommer dieses Jahres die für das englisch-indische Reich eingesetzte Kommission beschloß, die Prägung der Silbermünzen für dieses Gebiet insoweit aufzuheben, daß den Privaten das freie Prägungsrecht entzogen und nur der Regierung als Eventualität vorbehalten wurde, künftig unter gewissen Umständen die Ausgabe von Rupien vorzunehmen, brach sich in der öffentlichen Meinung unwiderstehlich die Ueberzeugung Bahn, daß damit eine entscheidende Wendung in der großen Frage des Währungskampfes eingetreten war. Mit Recht folgerte man gleichzeitig daraus, daß die nahe bevorstehende Sitzung des amerikanischen Kongresses, welche über das sogenannte Shermangesetz beschließen sollte, nunmehr auch unfehlbar dasselbe aufheben und damit den Versuchen einer künstlichen Vertheuerung des Silbers in den Vereinigten Staaten ein Ende machen werde. War doch die indische Maßregel selbst unter dem Eindruck beschlossen worden, daß die Vereinigten Staaten sicherlich zu jenem Entschlusse kommen würden, und daß Indien, um den Folgen desselben, nämlich einer weiteren Entwerthung seines Geldes vorzubeugen, schon in Erwartung der kommenden Dinge dem Zudrang des Silbers zu seinen Münzstätten Einhalt thun müsse. Die unvermeidliche Folge dieser mit doppelter Wucht einschlagenden Wendung war ein Niedergang des Silberpreises, der denselben auf beinahe die Hälfte des Maßes zurückführte, welcher bis vor etwa zwei Jahrzehnten als der normale angesehen worden war.

Dieser Vorgang wirkte zunächst in Deutschland dahin, daß nun auch für diejenigen, welche bis dahin noch an der Richtigkeit der vor zwanzig Jahren bei uns eingeführten Münz-

reform gezweifelt hatten, jeder Zweifel beseitigt war. Schon vorher hatte die nach Brüssel einberufene Münzkonferenz zum so und so vielten Male den augenfälligen Beweis geliefert, daß alle Versuche internationaler Vereinbarungen gänzlich hoffnungslos seien. Trotzdem daß diese Münzkonferenz von vornherein gar nicht einmal gewagt hatte, eine Lösung der Aufgabe zu unternehmen, deren Ziel die internationale Doppelwährung ist, sondern nur dem Versuche gelten sollte, durch gemeinsame Bestrebungen eine Hebung des Silberpreises herbeizuführen, hatte sich auch dieser weniger hochstrebende Vorsatz als unausführbar herausgestellt.

Angesichts aller dieser Erfahrungen gelangte die unbefangene Anschauung der Dinge unwillkürlich zu dem Resultate, daß es ein unberechenbares Glück für die deutsche Volkswirthschaft gewesen, sich zu einer Zeit, wo dies noch mit verhältnißmäßiger Leichtigkeit und unter nicht zu großen Opfern geschehen konnte, bei der organischen Einrichtung ihres Münzwesens von dem zu den heftigsten Schwankungen und zu einer so großen Werthverminderung verurtheilten Silber in der Hauptsache befreit und ihren Münzfuß auf die Grundlage des Goldes gesetzt zu haben, welches, wie von allen Seiten unbedingt zugestanden wird, gegenwärtig die alleinige Basis der Verrechnung und des Austausches von Baarzahlungen zwischen den großen Handelsvölkern der Welt bildet.

Bis zu der erwähnten Epoche des letzten Sommers war der Streit über die Währung in manchen Kreisen des deutschen Volkes noch immer als eine offene Frage angesehen worden. Mit Ausnahme derjenigen, welche der agrarischen Agitation mit ihrem wilden Schlachtruf blindlings folgten, beschränkte sich die Mehrzahl der Gebildeten auf die Erklärung, daß sie sich kein Urtheil über die schwierige Frage zutrauten. Aber was jetzt geschah, mußte auch den minder Eingeweihten die Augen öffnen, und so brach sich in weiten Kreisen die Ueberzeugung Bahn, daß nunmehr über die Heilsamkeit der von den Gesetzgebern — Regierung und Volksvertretung — des ersten deutschen Reichstages geschaffenen Münzverfassung kein Zweifel mehr aufkommen konnte.

Natürlich hatte dies alles nicht zur Folge, daß die geschlossene Phalanx der Silber- und Doppelwährungsfreunde die Waffen niederlegte. Die Führung derselben hatte schon lange sich als eine solche bewährt, die durch keinerlei Mißerfolge zu entmuthigen war, und man kann ihr das Zeugniß nicht versagen, daß auch die handgreiflichste, durch die Thatsachen unterstützte Widerlegung ihrer Behauptungen sie an der unerschütterlichen Festhaltung derselben niemals irre gemacht hat. Unter dem Druck der oben gekennzeichneten Erscheinungen jedoch schien man eine Zeit lang von neuen Versuchen zur Wiedereroberung des verlorenen Terrains abstehen zu wollen. Eine Wendung trat erst ein, als mit dem Zusammentritt des gegenwärtigen Reichstags und dem darin eröffneten Kampf um die Handelsverträge die Anstrengungen der agrarischen Partei ihren Höhepunkt erreichten, und der Bund der Landwirthe zu einer Macht wurde, welche sich mit Recht vermessen konnte, in dem Wettlauf um die Mehrheit im Reichstage den verbündeten Regierungen mit der Gefahr einer Niederlage hart auf den Leib zu rücken.

Dies Kraftbewußtsein führte ganz natürlich dazu, daß von dem agrarischen Programm auch derjenige Punkt wieder von Neuem in den Vordergrund gestellt wurde, welcher seit langem sich als ein ausgezeichnetes Schlagwort zur Gewinnung der ländlichen Massen bewährt hatte. Je weniger diese zur Beurtheilung der Sache geeignet waren, um so leichter erschien es, ihnen von dem Triumph derselben ungemessene Vortheile zu versprechen. Es war keine schlechte Taktik, den Kampf gegen die Handelsverträge und gegen die Reichsregierung mit einem erneuten Feldzuge für die Doppelwährung zu unterstützen. Diejenigen Kreise der Bevölkerung, welche man dafür ins Feld führte, blieben in ihrer Erkenntniß über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Sache durch die entscheidenden Vorgänge in Indien und Amerika noch immer unberührt; bei ihnen konnte man nach wie vor durch die seit langer Zeit in Gang gesetzten Redeweisen das Feuer des Glaubens an das Heil der Doppelwährung von Neuem anfachen. Der Reichsregierung konnte man, indem man den Krieg gegen die Handelsverträge durch den Angriff von einer zweiten Front verstärkte, die Vertheidigung

erschweren und dieselbe damit in die Lage drängen, daß sie unter der Gefahr einer Niederlage bei dem zunächst durchzufechtenden Kampfe um die Handelsverträge sich zu dem Auskunftsmittel akademischer Zugeständnisse auf dem Gebiete des Währungsstreites bequemte. Die Doppelwährungspartei rechnete bei dieser Sache ohne Zweifel folgendermaßen: Verbinden wir den Ansturm gegen die Handelsverträge mit dem gegen die Münzverfassung, so können wir nur dabei gewinnen; denn entweder unterliegen wir in Sachen der Handelsverträge, dann sind wir durch die vorausgehenden Vorstöße um so besser in der Lage, als nachträgliche Entschädigung ein Zugeständniß in der Münzfrage zu verlangen; oder wir siegen bei den Handelsverträgen, dann ist die gegenwärtige Regierung gestürzt, die Nachfolger werden aus unserer Partei genommen werden, und ihnen ist dann für unser Währungsprogramm von selbst der Weg gezeigt.

So war man denn auf Seiten der Anhänger unserer Goldwährung längst darauf vorbereitet, daß die durch die Reichstagsauflösung herbeigeführte schwache parlamentarische Lage der Reichsregierung sie wahrscheinlich dazu bestimmen werde, von ihrer bisherigen festen Haltung in der Währungsfrage etwas abzulassen, trotz der glänzenden Rechtfertigung, die gerade soeben durch die Weltereignisse unserer Münzverfassung bereitet worden war. Zunächst verriethen einige Redewendungen, welche der Reichskanzler bei den Parlamentsverhandlungen gebraucht hat, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch in der Tonart, daß er nicht mehr zu dem gleichen Maß von Ablehnung gegen bimetallistische Zumuthungen entschlossen sei, wie zur Zeit, da die bekannte Interpellation Mirbach, während der Tagung der Brüsseler Münzkonferenz, ihre Herausforderung an ihn gerichtet hatte. Diese mildere Haltung hat nun in den letzten Tagen ihren förmlichen Ausdruck gefunden in der Antwort, welche der Reichskanzler den Unterzeichnern eines von ostpreußischen Landwirthen an ihn gerichteten Schreibens ertheilt hat. Ohne von seinem früher dargelegten, der Aufrechthaltung unseres Geldwesens entschieden zugethanen Ansicht etwas Preis zu geben, hat er sich doch dazu herbeigelassen, den Gegnern derselben ein freundlicheres Gesicht zu zeigen. Er

will von Neuem untersuchen lassen, ob es kein Mittel gebe, den Preis des Silbers zu heben. Ob es wirklich für Deutschland eine so wichtige Angelegenheit sei, den Preis des Silbers in die Höhe zu bringen, ist eine Frage, bei der man sich nicht aufzuhalten braucht, solange man, wie wir Gegner des Bimetallismus, auf dem Standpunkt steht, daß es keinen vernünftigen Weg gibt, diese Erhöhung durch gesetzgeberische Veranstaltung herbeizuführen. Aus der Antwort des Reichskanzlers erhellt, daß auch er an eine solche Möglichkeit nicht glaubt, und daher mag er schon ohne viel Kopfzerbrechen den Silberleuten zu Gefallen stillschweigend einräumen, auch er wünsche dem weißen Metall wieder bessere Tage; und wenn solche uns die Gelegenheit bescherten, das von Bismarck im Jahre 1879 leider festgelegte überschüssige Silber zu gutem Preise loszuschlagen, so wäre das gewiß willkommen zu heißen. Im Uebrigen grollen wir dem Grafen Caprivi nicht darüber, daß er seine Freundlichkeit gegenüber den Herren aus Ostpreußen in die Form einer neuen Enquete gekleidet hat. Es sind deren schon so viele über die Welt dahingegangen, daß es auf eine mehr oder weniger nicht ankommt. Die Enqueten sind für verzweifelte Probleme der Gesetzgebung das, was der Winteraufenthalt im Süden für verzweifelte Krankheitsfälle ist. Er erfüllt den Patienten mit neuen Hoffnungen und schafft dem behandelnden Arzt Ruhe. Einstweilen hat die Kunde von dieser neuen Demonstration nur einen sichtbaren Effekt hervorgerufen. Der Börsenbericht aus Frankfurt meldete am Tage der Veröffentlichung, daß daraufhin mexikanische Staatspapiere von 65 auf 65½ gestiegen seien. Deutschland hat also jedenfalls der mexikanischen Regierung und ihren Gläubigern eine, wenn auch bescheidene, Freude gemacht. Am Silberpreis in London war von Freude noch nichts zu bemerken, denn die Veränderung des Kurses um ¼ Penny dürfte doch eher auf Zufalls Rechnung kommen.

In Erwartung der großen Belehrung, welche das bevorstehende Allheilmittel ans Licht fördern wird, ist es indeß angezeigt, auf das ganze Material einen Blick zu werfen, welches als Soutien, wie man in der Kriegssprache sagt, von der litterarischen Abtheilung der Doppelwährungspartei

für den parlamentarischen Feldzug mobil gemacht worden ist und mithin auch die Cadres für den Aufmarsch bei der bevorstehenden Enquete liefern soll.

Unter dem Titel „Wissenschaftliche Gutachten" ist vor einiger Zeit eine Sammlung von Abhandlungen erschienen, die sich diese Aufgabe stellt. Es soll hier nicht näher auf die Frage eingegangen werden, inwieweit die ausschließlich theoretische Beschäftigung mit der Materie vorzugsweise oder allein berechtigt ist, das entscheidende Wort in dem ganzen Streit zu sprechen. Der holländische Finanzminister Pierson, vormals Universitätsprofessor und ein in jeder Richtung ausgezeichneter Vertreter des Bimetallismus, sagte jüngst bei Erörterung der Währungsfrage in der zweiten Kammer: „Es sind nun zwei und ein halbes Jahr, (vorher war er in der Direktion der niederländischen Bank gewesen), daß ich mich nicht mehr täglich mit Bank- und Münzsachen und Wechselkursen beschäftige, und ich möchte nicht gern etwas auf diesem Gebiete vorschlagen, ehe ich mit Personen, die noch in der Praxis stehen, Raths gepflogen habe." Ohne Zweifel ist das Problem der Währung von Grund aus ein wissenschaftliches, und nur wer den Hauptbedingungen wissenschaftlicher Befähigung zu entsprechen vermag, ist im Stande, die ganze Aufgabe von ihren allgemeinen Gesichtspunkten zu erfassen. Wissenschaftlichkeit ist in diesem Sinne zu definiren als die Verbindung von zureichender Kenntniß der Thatsachen und der Litteratur mit der Uebung im methodischen Denken. Daraus ist aber sicher nicht zu schließen, daß etwa nur akademische Lehrer diesen beiden Bedingungen entsprechen können. Auch hat man bei allen zahlreichen Münzkongressen noch nicht daran gedacht, sie aus Akademikern zusammenzusetzen. Es gibt glücklicherweise auch außerhalb dieses Kreises Leute, welche weder im Wissen noch im Denken hinter der Professorenwelt zurückstehen, wie es auch in dieser Professorenwelt bekanntermaßen an Beispielen mangelhafter Kenntniß und noch mehr mangelhaften Denkens nicht fehlt. Ferner sind selbst innerhalb der zunftmäßigen Gelehrtenwelt bekanntlich auf diesem Gebiet, wie auf so vielen anderen, die Meinungen durchaus getheilt, und nicht nur das, sondern die Meinungen der einzelnen

sind erfahrungsmäßig dem Wechsel, und manchmal recht krassem Wechsel, unterworfen, sogar unter Einwirkung von Strömungen, die nicht gerade den Quellen der reinen Wissenschaft entspringen. Am allerwenigsten wissenschaftlich ist es aber, in Kontroversen mehr auf Namen als auf gute Gründe sich zu berufen, und das wäre im vorliegenden Falle einzuwenden, auch wenn die angerufenen Autoritäten zahlreich oder sämmtlich von hoher Bedeutung wären. Aber es ist von jeher die Praxis der bimetallistischen Agitation gewesen, ihre Ansicht als die allein wissenschaftliche zu verkünden und in diesen Grenzen gerade die von ihr ins Gefecht geführten Namen als die vom höchsten Klang auszugeben. Die Praxis ist um so komischer, als diese Proklamation des höchsten Ansehens und der ausschließlichen Wissenschaftlichkeit zum größten Theil von solchen Leuten ausgeht, die weder ihrem eignen Bildungsgange noch ihren Leistungen nach irgendwie berufen sein könnten, selbst zu beurtheilen, was den Namen des Wissenschaftlichen verdient oder nicht. Das Renommiren ist eines der wesentlichsten Hilfsmittel der Silberpropaganda von jeher gewesen; Großsprecherei und Schwarzmalerei sind die beiden Pole, zwischen denen seit zwei Jahrzehnten die bimetallistische Welt sich um sich selber dreht.

So viel steht jedenfalls fest: die Herren vom Bunde der Landwirthe und ihre Hintersassen sind nicht durch wissenschaftliche Argumente, sondern durch ganz andere Erwägungen in ihrem Thun und Treiben bestimmt, und ebenso fest steht, daß das Zugeständniß, welches der Reichskanzler ihnen durch das Versprechen einer neuen Untersuchung gemacht hat, nicht unter der Wucht wissenschaftlicher Argumente, sondern nur unter dem Druck der im Reichstag gegebenen Stimmverhältnisse gemacht worden ist. Wenn der Bund der Landwirthe statt der Abschaffung der Goldwährung verlangt hätte, an unseren medizinischen Fakultäten auch Lehrstühle für die Kneipp'sche Heilmethode einzurichten, so hätte der Reichskanzler aus denselben taktischen Motiven darauf eingehen können, den Herren das höfliche Zugeständniß zu machen, daß er durch sachverständige Personen untersuchen lassen wolle, ob ihr Begehren gerechtfertigt sei.

Wie das Wiederaufleben der bimetallistischen Bewegung einzig und allein nicht aus den sachlichen Vorgängen in der Welt, sondern aus der neuesten politischen Parteigruppirung in Deutschland in ihrem Gegensatz zur Handelspolitik der Reichsregierung hervorgegangen ist, so ist auch das neueste Produkt dieser Kombination, das Zugeständniß einer anzustellenden Untersuchung, lediglich ein Symptom der Machtstellung, welche im Lauf der Jahre der Großgrundbesitz der nordostdeutschen Aristokratie über Deutschlands Schicksale erlangt hat. Man kann darüber im Zweifel sein, inwieweit das schutzzöllnerische Bündniß zwischen Landwirthschaft und Industrie, welches seit dem Jahre 1879 die deutsche Wirthschaftspolitik beherrscht hat, noch jetzt innerlich besteht; aber darüber kann nicht der geringste Zweifel herrschen, daß der Ansturm gegen die deutsche Reichswährung von Seiten des Handels und der Industrie wie von der Gesammtheit der Bevölkerung, soweit sie nicht im Banne der agrarischen Agitation steht, aufs entschiedenste abgelehnt wird. Von allen Symptomen der Erschlaffung und des Niedergangs des Bürgerthums und des Wiederaufkommens einer adligen Kastenherrschaft in Deutschland, wie man sie vor zwei Jahrzehnten für undenkbar angesehen, ist keines so augenfällig als der, wenn auch nur scheinbare, erste Erfolg, welchen mit dem Zugeständniß des Reichskanzlers in Sachen der Währungspolitik die agrarischen Bemühungen davongetragen haben. Noch ist nicht daran zu denken, daß auch nach diesem Zugeständniß es gelingen könnte, ernstlich Hand an das bewährte Fundament unseres Geldwesens zu legen; aber auch die kleine Konzession, welche dessen Gegner jetzt erlangt haben, und welche sie selbst dem Fürsten Bismarck unter Umständen, die dazu viel eher verführen konnten, nie zu entreißen vermochten, ist das beschämendste Zeugniß für die Unterwerfung, welche die anerkannten Interessen der allgemeinen deutschen Wohlfahrt sich jetzt unter die Herrschaft zwar nicht gesetzlich, aber thatsächlich bevorrechteter Klassen gefallen lassen. Obwohl es nach alledem weder mit dem wissenschaftlichen noch mit dem thatsächlichen Stand der Dinge, sondern einfach mit der parlamentarischen Machtfrage zusammenhängt, daß die

Dinge jetzt so gekommen sind, wollen wir doch dem Luxus der vorzugsweise so genannten wissenschaftlichen Gutachten, welche für das agrarische Treiben als Zierrath beschafft worden sind, einige Aufmerksamkeit schenken.

Die sechs Gutachten, welche in einer Flugschrift zusammengefaßt sind, nachdem sie vorher in dem speziell der Doppelwährungsagitation gewidmeten Organ erschienen waren, sind natürlich verschiedenen Kalibers, wie ihre Verfasser der persönlichen Bedeutung nach von einander sehr verschieden sind. Nur in einem negativen Punkte stimmen sie mit einander überein. In allen diesen Auseinandersetzungen findet sich keine Vertretung des Standpunktes, welcher bis jetzt der ganzen Doppelwährungsbestrebung zum Ausgang und zum Ziel gedient hatte. Nicht einer der uns vorgeführten Experten wagt es noch, wie wir ehemals gewohnt waren, den Vorschlag zu machen, daß ein Verhältniß der freien Prägung des Silbers zum Golde auf seinem vormaligen Fuße ($15^1/_2$ : 1), sei es in autonomer Weise, sei es durch internationale Verträge, wiederherzustellen sei. Offenbar haben auch diese Vorkämpfer gegen die Goldwährung es doch nicht über sich vermocht, ihr Auge gänzlich der Einsicht zu verschließen, daß es ein geradezu komisches Unterfangen wäre, ein Edelmetall, das im Verlauf von zwei Jahrzehnten auf die Hälfte des Preises herabgekommen ist, durch irgend welche gesetzliche Verfügungen in wirksamer und dauernder Weise wieder auf den alten Preis hinaufzudekretiren. Solche Hexenmeisterei schlägt der gesunden Vernunft zu sehr ins Gesicht, um auch von dem kühnsten Dialektiker vertheidigt werden zu können. Nur die Unterzeichner des Königsberger Briefes an den Reichskanzler gehen von dem erhabenen Standpunkt aus, daß das Silber eine Art von göttlichem Legitimitätsrecht auf die Wiedererlangung seiner früheren Herrschaft habe, so daß dieses Gottesgnadenthum natürlich sich der Kritik menschlicher Vernunft entzieht. In der oben erwähnten Sitzung vom 18. Dezember 1893 erklärte der holländische Finanzminister, dessen Delegirte noch auf der Brüsseler Konferenz den vertragsmäßigen Bimetallismus verfochten hatten, wörtlich Folgendes: „Es scheint mir, daß an eine bimetallistische

Vereinigung, wie man sie sich ursprünglich gedacht hatte, wobei freie Prägung in einem festen Verhältniß der beiden Metalle zu einander stattfinden sollte, nicht mehr zu denken ist, und wohl darum, weil man über das zu Grunde zu legende Verhältniß sich nicht mehr wird einigen können."

---

## II.

Es verstand sich von selbst, daß man an der Stelle, von welcher die Beschaffung der wissenschaftlichen Gutachten ausging, darauf bedacht war, sich nur an solche Autoritäten zu wenden, von denen sich erwarten ließ, daß ihre Antwort im Sinne des Fragestellers ausfallen würde. Wenn wir zu den sechs aufgerufenen Zeugen, Lexis, Scharling, Kleinwächter, Konrad, Schäffle und Schmidt auch noch die des Professors Adolf Wagner, der schon vorher in den „Preußischen Jahrbüchern" sein Verdikt abgab und dasselbe in einer besonderen Broschüre veröffentlichte, als siebenten hinzurechnen, so sind, wie sich aus einer näheren Prüfung der einzelnen ergeben wird, diese sieben nicht nur in wichtigen Punkten unter sich nicht einig, sondern wenigstens drei derselben sind für die Heilmethode der vertragsmäßigen Doppelwährung, wie sie von unseren bimetallistischen Politikern betrieben wird, nicht zu verwenden.

Es könnte scheinen, als ob mit der Veranstaltung dieser Publikationen eine Art von Vorspiel für die Enquete aufgeführt worden wäre, welche jetzt vom Reiche in Aussicht gestellt wird, und als ob Graf Caprivi mit der von ihm verkündeten Maßnahme den Weg zu betreten gedächte, den ihm die „Schriftleitung des Deutschen Wochenblattes" mit der Veröffentlichung ihrer wissenschaftlichen Gutachten gezeigt hatte. Allein man wird wohl erwarten können, daß die beabsichtigte amtliche Untersuchung eine andere und bessere Methode befolgen wird, um die Angelegenheit einer abermaligen Prüfung zu unterziehen. Vor allen Dingen wird sie sich nicht einseitig nur an Vertreter einer und derselben Richtung wenden, ebensowenig vorzugsweise an die Univer-

sitätslehrer, zu deren Beruf die Lösung praktischer Aufgaben der Volkswirthschaft nicht gehört. Es könnte einem bang um den Staat werden, der vom Katheder herab regiert würde. Aber ganz abgesehen von der Unparteilichkeit, auf die man hier vertrauen darf, ist auch die sachliche Behandlung der zu entscheidenden Frage bei einer Begutachtung, welche diesen Namen verdienen soll, ganz anders zu erfassen, als dies in dem vorliegenden Material geschieht. Der Grundzug sämmtlicher hier vorgebrachten Auseinandersetzungen geht nämlich dahin, daß sie sich darauf zuspitzen, Voraussagungen über den künftigen Gang der Dinge zu machen. Es ist dies allerdings charakteristisch für die abstrakte Behandlung des Themas und für die ganze Polemik, die seit Jahr und Tag gegen die deutsche Münzverfassung vom bimetallistischen Lager aus gerichtet worden ist. Man begreift auch, daß gerade diese Art der Behandlung vorzugsweise beliebt wird, wenn es sich darum handelt, einen bestehenden Zustand als auf die Länge unhaltbar anzugreifen. Im Reiche der Zukunft ist beinahe alles unkontrolirbar; vor der Möglichkeit und der sie bearbeitenden Phantasie öffnen sich alle Thüren, und im Spiele mit denkbaren Veränderungen ist es der abstrakten Dialektik ein Leichtes, die kommenden Dinge so zu gruppiren, daß sie sich zu dem erwünschten Beweis gefällig brauchen lassen.

Ein ganz Anderes ist es, aus dem, was bereits in Vergangenheit und Gegenwart feststeht, seine Argumente zu beschaffen. Hier gilt es, feststehenden Thatsachen und gewonnenen Beobachtungen Rede zu stehen, die sich zwar bekanntlich auch dehnen und strecken lassen, aber doch in der Hauptsache viel weniger, als die wahrscheinlichen oder unwahrscheinlichen Fügungen der Zukunft. Darum ist es so bezeichnend für die Deduktionsart der Gutachten, und namentlich auch des ihnen zuzurechnenden Professors Wagner, daß sie sich wenig in ihrer Beweisführung auf das Erlebte berufen, dagegen umsomehr mit Schattenbildern operiren, welche an die Wand einer mehr oder weniger entfernten Zukunft geworfen werden.

Daß diese Methode eine unnatürliche ist, springt auf den ersten Blick in die Augen. Seit zwanzig Jahren hat

die deutsche Münzreform Gesetzeskraft erlangt. Alsbald nach ihrer ersten Verkündung wurde ihre Durchführung in Angriff genommen, und wenn auch in den früheren Stadien dieser Durchführung aus oft besprochenen Gründen von Seiten der damit befaßten Behörde, trotz aller dagegen erhobener Proteste und Warnungen, eine beklagenswerthe Langsamkeit und schließlich, mit der Sistirung der Silberverkäufe, eine absichtliche Störung eingegriffen hat, so steht doch unleugbar fest, daß selbst trotz dieser begangenen Fehler in Jahr und Tag das deutsche Geld- und Bankwesen auf der gemeinsamen Grundlage der Münz- und Bankverfassung kräftig und gesund erstarkt ist, und daß die lebendigen Funktionen der deutschen Nationalwirthschaft nach innen und außen sich ruhig und sicher darauf bewegt haben und weiter bewegen. Die Zahlen allein genügen, um hier keinen Widerspruch aufkommen zu lassen. Bis Ende des abgelaufenen Jahres waren auf den deutschen Prägeanstalten beiläufig $2^3/_4$ Milliarden an Goldmünzen ausgeprägt worden, welche den bei weitem überwiegenden Bestandtheil unseres ganzen Geldvorraths bilden und allen Zahlungsverhältnissen nach innen und außen zum unzweifelhaften Maßstabe dienen. Zur Würdigung eines solchen in so kurzer Zeit erzielten Resultats kann die Vergleichung mit dem englischen Goldbesitz dienen. Dieses an Volkszahl zwar hinter Deutschland zurückstehende, aber an Nationalvermögen es weit übertreffende Großbritannien hat für den Bedarf seines enormen inneren und auswärtigen Verkehrs einen Vorrath angesammelt, der nach übereinstimmenden amtlichen Prüfungen auf etwa hundert Millionen Pfund Sterling, also zwei Milliarden Mark geschätzt wird. Neben den $2^3/_4$ Milliarden, die Deutschland in Goldmünzen ausgeprägt hat, verfügt es Jahr aus Jahr ein noch an fremden Goldmünzen und Barren über einen Vorrath von 200 bis 300 Millionen, und wenn auch mehrere hundert Millionen im Lauf der Jahre nach dem Ausland abgeflossen und andere für den Bedarf der Industrie in den Schmelztiegel gekommen sind, so bleibt immer noch eine stattliche Ziffer, verglichen zu dem Lande, das vor beinah achtzig Jahren die Goldwährung bei sich eingeführt hat.

Dieses, trotz der obenerwähnten Mißgriffe in verhältnißmäßig kurzer Zeit erzielte Resultat läßt die rastlosen Angriffe auf unsere große Münzverfassung als eine Ausgeburt jener eigenthümlichen Geistesrichtung erscheinen, die ihre besondere Genugthuung darin findet, die eigenen Institutionen herabzusetzen, und wenn einmal etwas gut gelungen ist, kein höheres Ziel zu kennen, als es wieder zu zerstören. Zwei Jahrzehnte großen wirthschaftlichen Lebens in Auf- und Niedergang, wie die Weltbewegung sie immer mit sich gebracht hat und immer mit sich bringen wird, sind vorübergegangen, ohne daß Stockungen oder Gefährdungen auf diesem Gebiete Deutschland in seinem Geldverkehr erschüttert hätten. Das Zutrauen zu der Beständigkeit desselben im Inland und Ausland ist fortwährend gewachsen, und trotz aller Beunruhigungen, welche die Anhänger des Silbers sowohl bei ihren Mitbürgern als bei anderen Völkern heraufzubeschwören unausgesetzt bemüht waren, hat das wirthschaftliche Leben der Nation in dieser seiner elementaren Existenzbedingung sich unangefochten fortbewegen können. Keinerlei Beschwerden über Hindernisse im Geldverkehr kommen zum Ausdruck. Wäre es da nicht die erste Anforderung an eine Beleuchtung dieser Dinge, daß sie sich die Aufgabe stellte, ihre Augen auf diese offen zu Tage liegenden Zustände zu richten, statt sich immer und immer wieder auf die Erregung von Furcht und Gefahr zu werfen, welche die Zukunft bringen könnte? Nicht was ist, sondern was sein und kommen möchte, bildet die Unterlage des theoretischen Ansturmes gegen unsere Münzverfassung, und in dieser Richtung ist ganz besonders der Umstand charakteristisch, daß unter den vor den Augen der Phantasie heraufbeschworenen Gefahren sich vorzugsweise immer die einzige befindet, in welcher wir bis jetzt keine Erfahrungen machen konnten, und welche auch mit den bei der Vorausberechnung ins Spiel gesetzten Faktoren unserer Münzgesetzgebung selbst sehr wenig gemein hat: nämlich die Eventualität eines künftigen unglücklichen Krieges für Deutschland. Wenn es angezeigt wäre, diesen speziellen Angriff auf seine einzelnen Beweisführungen zu prüfen, so könnte man sich anheischig machen, als gänz-

lich verfehlt auch diesen zu widerlegen,*) ja sogar zu zeigen, daß die vorgeschlagenen Heilmittel ihre tödtliche Wirkung gerade im Kriegsfall ausüben müßten. Aber es kann im Rahmen der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht bezweckt sein, diese Besonderheit zu erörtern. Dagegen liegt es nahe, eine andere Kategorie von Gefahren, welche hier viel eher in Betracht kommen, und für welche auch Erfahrungen in Hülle und Fülle bereits gegeben sind, in unseren Gesichtskreis zu ziehen. Deutschland hat nicht nur in diesen zwanzig Jahren seine ganze Volkswirthschaft auf dem Boden der neuen Münz- und Bankverfassung in wachsender Sicherheit sich entwickeln sehen, sondern es hat auch die Probe auf dieselbe gemacht, während Krisen schwerster Art in anderen Ländern den Rückschlag auf seine Zustände ausüben mußten, wie dies bei der Solidarität des heutigen Weltverkehrs unvermeidlich ist, Störungen, welche zwar naturgemäß mitempfunden wurden und um so lebhafter mitempfunden werden müssen, je vollkommener die Geld- und Handelsbeziehungen eines Landes zur Weltbewegung sind, aber dennoch niemals unseren Geldverkehr in ernste, dauernde Verlegenheit zu bringen vermochten. Ja, wir selbst haben am eigenen Leibe alsbald nach Einführung des neuen Münzwesens die große Geschäftskrise der siebziger Jahre durchgemacht, welche in Folge der über die ganze Welt verbreiteten Gründungs- und Ueberspekulationskrankheit zum Ausbruch gekommen war, und das zu einer Zeit, wo wir noch in den Anfängen unserer kaum begonnenen Münzreform standen. Gegen Ende des Jahrzehnts kam der türkisch-russische Krieg, ihm folgte der große Bontouxkrach in Frankreich, ebendaselbst der Kupferkrach, der Panamakrach mit seinen ungeheuren Rückschlägen; ferner die welterschütternde Krisis der Fallimente von Baring und Murrieta in London mit ihrem ganzen Gefolge von Zusammenbrüchen; letzter Hand noch die drei Katastrophen in Australien, in Nordamerika und in Italien, nicht zu vergessen die Zahlungseinstellungen der Staaten von Argentinien, Portugal und

*) Dies ist übrigens in meinen im vorigen Sommer erschienenen „Stichworten der Silberleute“ bereits geschehen.

Griechenland und die für Deutschland besonders verhängnißvollen Verheerungen im amerikanischen Eisenbahnwesen.

Hat sich etwa bei dieser ganzen Kette welterschütternder Stürme gezeigt, daß das deutsche Geldwesen falsch angelegt sei? Ungeschädigt von allen Wellenschlägen haben Handel und Wandel in Deutschland selbst, wie in ihrer Beziehung zum Auslande ihr Tagewerk fortgesetzt; ja in den seltensten Momenten ist auch nur die Erscheinung aufgetreten, welche, obwohl fälschlich, von den Alarmisten als das größte aller Uebel in Geldsachen denunzirt wird, nämlich eine nennenswerthe Goldausfuhr. Mit kurzen Ausnahmen hat die deutsche Währung in ihrer Verrechnung mit dem Auslande so gestanden, daß die Basis des Goldumlaufs durch den Kurs aufs Ausland nicht verengert wurde; eine sachliche und vorsichtige, von der gesetzgeberischen Organisation vorgesehene Leitung der Reichsbank hat genügt, das Gleichgewicht in gutem Zustand zu erhalten, und periodenweise ist es ohne besondere Anstrengung gelungen, unseren Goldschatz auf eine solche Höhe zu bringen, daß auch vorübergehende Abflüsse, sei es nach dem inneren Verkehr, sei es nach außen, nicht die entfernteste Beunruhigung hervorzurufen im Stande waren. Beiläufig gesagt ist es auch charakteristisch für die seit einiger Zeit bei uns tonangebende Richtung, daß gerade bei uns das Geschrei gegen die Börse und den auf sie angewiesenen Großhandel so überlaut geworden ist, während kein Land so wenig zu den kritischen Bewegungen, zu skandalösen Vorgängen beigetragen hat, wie Deutschland. Abgesehen von drei oder vier gemeinen Betrügern, deren Verbrechen nur lokale Kreise in Mitleidenschaft gezogen haben, sind gerade die Börsen von Berlin, Hamburg, Frankfurt im Gegensatz von London, Paris, New-York, Australien, Italien, von großen Fallimenten verschont geblieben, obgleich die Berliner Börse dabei stets zu größerer Bedeutung für den Weltverkehr emporkam. Gerade die deutsche Spekulation hat sich als die vorsichtigste gezeigt und ihre Geschäfte ohne Ausbruch von Katastrophen abgewickelt. Es gehört auch zu den charakteristischen Erscheinungen des heutigen

2



Deutschland, daß nach solchen Erfahrungen die polizeiliche Zuchtruthe gegen den Handelsstand erhoben wird. In den Vereinigten Staaten, deren Börsen keine Termingeschäfte kennen, und in welchen seit Jahren Milliarden zur Unterstützung des Silbers ausgegeben worden sind, haben im Jahre 1893 allein zweiundsiebenzig Eisenbahngesellschaften mit einem Kapital von sechs und einer halben Milliarde Bankerott gemacht! Hier also, an solchen zur Vergleichung dienenden Thatsachen hätten die gelehrten Herren, welche ach und wehe über die deutsche Münzverfassung schreien, Ursache gehabt, ihr Sezirmesser anzulegen, hier etwelche Krankhaftigkeit zu zeigen, statt nach bekannter Manier uns immer von Neuem zuzurufen: noch zwar seid ihr gesund, aber wehe euch in künftigen Tagen, da werdet ihr unfehlbar krank werden, wenn ihr nicht unser Rezept befolgt! Aber natürlich, es ist ja so viel leichter, aus dem Handgelenk solche künftige Krankheitsbilder an die Tafel zu malen, als sich die gegebene Wirklichkeit aus der Nähe anzusehen. Ist es nicht wahrhaft komisch, wenn wir in einer jener Schriften lesen, die Vertheidiger einer durch zwanzigjährige harte Proben bewährten Verfassung opferten einem leichtfertigen Optimismus; dagegen entspreche es einer von Illusionen freien kritischen Auffassung, den Aufbau eines eigenen gesunden Geldwesens auf den ewigen Bestand heiliger internationaler Münzverträge zu gründen? Und diese Verherrlichung völkerrechtlicher Verabredungen als felsenfester Unterlage unserer nationalen Volkswirthschaft erhebt ihre Stimme im selben Athemzug, in dem sie uns die Gefahr zeigt, welche unser Geldwesen bei Ausbruch eines europäischen Krieges laufen möchte. Als wenn nicht der erste Kanonenschuß die rechtliche und thatsächliche Geltung solcher Verträge aufhöbe, — vorausgesetzt immer, daß sie an sich des Erhaltens werth wären.

Der einzige Punkt, in welchem sich die wissenschaftlichen Begutachter nicht auf künftige Eventualitäten, sondern auf vorhandene Zustände berufen, liegt im Gebiete der Preisbildung. Die Behauptung, daß ein Goldmangel vorhanden sei und als solcher den Niedergang der Preise bewirke, ist die einzige, die sich auf wenigstens angebliche

Thatsachen beruft. Aber diese Phänomene, sowohl der Mangel an Gold, als der allgemeine Niedergang der Preise, und die Ableitung eines solchen Preisdruckes von einem angeblichen Mangel an Gold, dies Alles sind nichts weniger als ausgemachte Wahrheiten; sie sind nicht nur in jedem ihrer Bestandtheile anfechtbar, sondern sie sind nicht einmal in übereinstimmender Weise von den ins Feld geführten Autoritäten anerkannt.

Auch hier fragen wir vergebens, auf welcher Seite der Gutachten aus der Vergangenheit nachgewiesen werde, daß einer gesunden Volkswirthschaft die Beschaffung des ihr nöthigen Goldes nicht erreichbar, oder deren Besitz entzogen worden sei. Auch hier wieder werden uns statt der Thatsachen Phantasiebilder naher oder entfernter Zukunft an die Wand gemalt. Während in den letzten Jahren die Masse des gewonnenen Goldes, wie zahlenmäßig erwiesen ist, um 30 Prozent sich erhöht hat, wird diese vollendete, greifbare Thatsache als eine Kleinigkeit vernachlässigt, und während die südafrikanische Goldproduktion im letzten Jahre, welches noch lange kein abschließendes ist, auf die Summe von wenigstens 112 Millionen Mark gestiegen ist, d. h. auf einen Betrag, welcher dem der meistproduzirenden Goldländer gleichkommt, beruft man sich „unentwegt“ darauf, daß der Geologe Süß, welcher Afrika als eine quantité négligeable behandelte, dennoch Recht habe mit seiner Behauptung, die Goldproduktion der Erde sei im Schwinden, allerdings mit der behutsamen Einschränkung, daß eine solche Gefahr wohl sich erst nach Hunderten von Jahren zeigen werde!

Seit der Zeit, wo zum ersten Male diese Behauptung aufgestellt und daraus das bekannte Gleichniß von der kurzen Decke abgeleitet wurde, hat sich die Goldproduktion der Welt um 50 Prozent erhöht, und alle Angaben aus den neu erschlossenen Förderungsgebieten lassen einen weiteren Fortschritt für die nächste Zeit erwarten; insbesondere trifft das zu für Südafrika. Bedenkt man, daß die ganze Entwicklung dieses Gebietes, und namentlich an dessen Mittelpunkt, dem sogenannten Witwatersrand, erst sieben Jahre alt ist und sich in dieser kurzen Zeit in der erstaunlichsten Progression gesteigert hat, so muß man sich fragen,

wie es möglich ist, solchen positiven Erscheinungen gegenüber immer die alten Schlagworte zu wiederholen. Wie sehr auch die Golddecke immer mehr in die Breite wächst, immer muß das alte kurze Sprüchlein ausreichen, die Blöße zu decken, die sich die Propheten gegeben haben. Noch im Jahre 1887 war die Ausbeute des Witwatersrandes so unbedeutend, daß die monatlichen Ergebnisse gar nicht aufgenommen wurden; für das gesammte Jahr wurde die Zahl von 34 897 Unzen aufgeführt. Seitdem stieg die Entwicklung in folgenden Schritten: 1888: 230 917, 1889: 379 733, 1890: 494 801, 1891: 729 213, 1892: 1 210 903 und in dem eben abgeschlossenen Jahre 1893, dessen letzten Monat Dezember soeben noch der Kabelbericht von Südafrika herübertelegraphirt, beläuft sich die Gesammtsumme auf 1 478 473 Unzen, d. h. rund 106 Millionen Mark. Man vergleiche den Fortschritt dieser Zahlen, um zu erkennen, daß wir uns in einer ununterbrochen aufsteigenden Bewegung befinden. Was aber besonders wichtig für diese Produktion ist, das liegt in der Natur ihrer Bedingungen; denn während die pessimistischen Prophezeiungen der immer und immer wieder angerufenen und bis jetzt allein stehen gebliebenen Autorität sich einzig darauf stützen, daß im Großen und Ganzen die reichen Goldgebiete der Erde aus Anschwemmungen herrührten, die sich nach den ersten Angriffen zu erschöpfen drohten, haben wir es in Südafrika ebenso wie in einem wichtigen Gebiete Australiens mit einer festen Erzlagerung zu thun, welche auf regelrecht bergmännische Weise ausgebeutet wird und bei ihren Verfolgungen in die Tiefe auf einer ganzen Reihe von Minen bis jetzt keine Enttäuschung bereitet hat. Beiläufig gesagt, ist der Witwatersrand zwar das bis jetzt reichste und am meisten bearbeitete Goldfeldgebiet von Südafrika, allein die Goldproduktion Südafrikas beschränkt sich durchaus nicht auf dieses Gebiet, und die Erforschung der noch gar nicht in Angriff genommenen, weit umherliegenden Territorien ist lange nicht abgeschlossen. Rechnet man noch die Jahresergebnisse des Bezirks Barberton mit zehn Millionen und die der indischen Goldminen von Mysore nebst den neuen Goldfeldern von Westaustralien im Betrag von dreißig

Millionen hinzu, so stellt sich diese erst in der neueren Zeit hinzugekommene Goldproduktion im letzten Jahr auf 150 Millionen Mark, wahrscheinlich in Folge der noch nicht feststehenden Ziffern aus Queensland noch höher. Die Goldbergwerke des Witwatersrandes gaben eine Million Lstrl. Dividende im Jahr 1893.

Endlich muß in Betracht gezogen werden, daß nicht bloß die Beschaffenheit der Fundorte die Fortschritte der Goldgewinnung in Afrika und Australien auf eine andere Basis gestellt hat, sondern daß auch das Verfahren der Gewinnung von reinem Gold aus den Erzen bekanntlich dank den Fortschritten der chemischen Behandlung außerordentliche Verbesserungen erfahren hat, die immer noch in der Vervollkommnung begriffen sind. Ebenso wie diese weltbekannten Thatsachen bei dem Aushängen der kurzen Decke beharrlich ignorirt werden, geschieht dies mit den sachverständigen Publikationen, welche die Falschheit der stereotypen Behauptung nachweisen. Seit etlichen Jahren haben namentlich zwei mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Sachkenner den Reichthum der australischen und namentlich der afrikanischen goldhaltigen Gebiete wiederholt eingehend nachgewiesen, nämlich Dr. Ruhland und Dr. Georg Heim, dessen letzte ausführliche Schrift alle erdenklichen Belege zur Unterstützung seiner Behauptung aufführt.*) Aber Professor Wagner beruft sich einfach auf Süß, ohne die gegnerischen Schriften auch nur zu erwähnen; der viel weniger parteiische Professor Conrad erwähnt sie zwar als „einschneidend und zum Theil berechtigt", geht jedoch mit der einfachen Bemerkung über sie hinweg, daß er dennoch „die Grundanschauungen der Sueß'schen Lehre für unanfechtbar halte". Man könnte wirklich zu der Meinung kommen, daß die Vertheidiger der kurzen Decke dem Grundsatz jenes Mannes

*) Georg Heim. „Ist eine Abnahme der Goldproduktion zu befürchten?" Berlin. Verlag von Leonhard Simion. 1893. — Schon im Jahre 1877 habe ich in meiner gegen die Theorie von Süß gerichteten Abhandlung über „Das Gold der Zukunft" in der deutschen „Rundschau" (Jahrgang IV, Heft 1) die Autorität von Gustav Wolff auf gleicher Basis herbeigezogen.

huldigten, welcher, durch die Argumente seines Gegners in die Enge getrieben, demselben zurief: „Ja, Sie haben Beweise, aber das beweist gar nichts!"

---

## III.

Die Erregung von Furcht vor dem Gespenst der kurzen Decke operirt auch in den vorliegenden Gutachten mit der Drohung, daß solches Ungemach nothwendig entstehen müsse, sobald Staaten, die bisher noch nicht die Goldwährung besessen, versuchen sollten, zu derselben überzugehen. Betrachten wir auch hier, statt uns mit Zukunftskatzenmusik abzugeben, die Lehren der Erfahrung! Seitdem vor dreizehn Jahren jener Schreckensruf zum ersten Mal in seiner drastischen Form losgelassen ward, haben wir nur an einem einzigen großen Staate erlebt, daß er sich zu dem erwähnten Schritt entschloß und den Entschluß auch durchführte. Dies war Italien, welches im Jahre 1881 gesetzlich den Goldfuß, allerdings nicht im strengsten Sinne, einführte und in diesem und dem folgenden Jahre das dazu nothwendige Metall anschaffte. Wenn jetzt, nach länger als zehn Jahren, thatsächlich das Gesetz in seinen Wirkungen auch wieder aufgehoben ist, so entsprang das nicht aus der Beschaffenheit der neuen Währung, sondern aus der schlechten Bewirthschaftung der Staatsfinanzen und des Bankwesens, welche, durch leichtsinnigen Aufwand und leichtsinniges Borgen zu übermäßiger Ausgabe von Schuldverschreibungen und Banknoten getrieben, wie immer und überall in solchen Fällen, das gute Geld zum Lande hinausjagten, ja sogar auch das schlechte, die Scheidemünze. In der Zeit aber, wo Italien sich das zur Durchführung des Gesetzes für nöthig erachtete Gold anschaffte, konnte dies geschehen, ohne daß der Goldmarkt deshalb in Verlegenheiten kam. Und wohl gemerkt, als dies geschah, befand sich die Weltgoldproduktion auf ihrem niedrigsten Standpunkt. Nichtsdestoweniger konnte sich Italien in kurzer Zeit die festgesetzte Summe von 444 Millionen Franken in Gold beschaffen, ja, wie bekannt, erhielt es eine beträchtlich größere Summe, nämlich 47 Millionen mehr als aus-

bedungen war, da es sich für die kontrahirenden Bankfirmen sogar vortheilhaft stellte, einen Theil des im Betrage von 200 Millionen zu liefernden Silbers in Gold umzuwandeln. Aber in nichts, auch nicht am Silberpreis oder am Zinsfuß der Banken gemessen zeigte sich eine Spannung durch Goldvertheuerung. Der Silberpreis stand am Ende des Jahres, in dem diese Goldmasse nach Italien gezogen worden war, zwischen 51 und 52, wie am Anfang vor der Operation; der Zinsfuß der Bank von England war im Jahresdurchschnitt $3^1/_2$ Proz. Und beides während die Goldproduktion sich in der stärksten Periode des Abnehmens befand, im Jahr 1880 noch 160 000 Kilo, 1881: 159 000, 1882: 148 000 Kilo.

Aehnliche Erscheinungen lassen sich an den Metallbewegungen nachweisen, welche die in neuerer Zeit von Oesterreich behufs seiner Währungsreform beschafften Goldvorräthe hervorriefen. Die jüngsten Bewegungen auf dem Silbermarkte haben mit jenen österreichischen Goldanschaffungen nichts zu thun und rühren aus offen liegenden, anderartigen Ursachen her. Seit Ende der siebenziger Jahre beruft sich die Schreckenstheorie darauf, daß wenn ein Staat nach dem anderen zur Goldwährung übergehen werde, ein furchtbares Zerren an der Decke entstehen müsse. Von den kleineren Reformen dieser Art, Egypten, Tunis, Rumänien, die sich unbemerkt vollzogen, nicht zu reden, ist das Experiment bedeutender und rascher Herbeiziehung beträchtlicher Goldmassen zum Zweck von Münzreformen also nur in Italien und Oesterreich vorgenommen worden, und in beiden Fällen hat es keine der angedrohten Störungen hervorgerufen. Die Thatsache, daß so wenige markante Experimente aufzuweisen sind, zeigt aber, daß auch die Ursachen der befürchteten Wirkungen ihrer Natur nach gar nicht so rapid und massenhaft zu erwarten sind, wie es nach jenen Darstellungen scheinen könnte. Dieselben Gründe, wie bisher, werden schon auch für die Zukunft sorgen, daß keine Ueberstürzung eingreife. Die Umbildung, wo sie für den Lauf der Zeiten angezeigt ist, wird in einem langsamen Tempo erfolgen. Nirgends zeigt sich das deutlicher als bei dem, was wir jetzt in Indien und Amerika erleben; daher trifft es sich außerordentlich gut, daß sich die von den wissen-

schaftlichen Gutachten verlangte Untersuchung vornehmlich auf die Frage zugespitzt hat, welchen Einfluß die Maßregeln in Indien und Amerika auf das Verhältniß zwischen Goldvorrath und Goldgewinnung einerseits und Goldbedürfniß andererseits ausüben müßten? Gerade diese Frage ist den angerufenen Experten als ihre vornehmste Aufgabe bezeichnet worden. Merkwürdigerweise hat auch der Bescheid des Reichskanzlers an die ostpreußischen Landwirthe diese indisch-amerikanischen Vorfälle zum Anhaltspunkt genommen, um seine größere Fügsamkeit zu motiviren. Gerade diese Ereignisse sollten den Anstoß gegeben haben, nunmehr eine Untersuchung vorzunehmen, die bis dahin für entbehrlich erklärt worden und durch sie überflüssiger als vorher geworden ist. Denn, wie schon Eingangs bemerkt, ist die natürliche Folgerung, welche aus jenen neuen gesetzgeberischen Beschlüssen der indischen und amerikanischen Regierung sich aufdrängt, doch offenbar die, daß sie, statt neuen Glauben an die Möglichkeit einer künstlichen Erhöhung des Silberwerthes zu erwecken, vielmehr diesem Glauben die letzte Stütze entziehen müssen. So hat die erste gesunde Auffassung in der ganzen Welt die Sache angesehen, und nicht mit Unrecht. Auch ließen die sowohl von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wie von der englisch-indischen Kommission ausdrücklich angeführten Motive keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie mit jener allgemeinen Auffassung übereinstimmten. Die großen Entscheidungen, zu welchen sich Amerika und Indien nach langen Kämpfen und Schwankungen aufgerafft haben, beruhen auf der unabweisbaren Erkenntniß, daß auch die letzte Aussicht auf die Rückkehr des Silbers zu seinem früheren Werthe und seiner früheren Bedeutung in dem Geldwesen der Kulturländer nach aller menschlichen Berechnung geschwunden ist. Es ist in der That eine wunderliche Interpretation weltgeschichtlicher Vorgänge, wenn man jetzt zu dem Schluß gelangt, daß nunmehr erst recht Anlaß gegeben sei, sich mit der Frage zu beschäftigen, deren definitive Beantwortung gerade von den kompetentesten Stellen in Gestalt so tief einschneidender Maßregeln ergangen ist. Und wenn die wissenschaftlichen Gutachten sich von dem Ge-

danken leiten lassen, daß diejenigen Länder, deren Währung auf dem Golde beruht, nunmehr neuen Gefahren ausgesetzt seien, so drängt sich doch die Frage auf, wie es denn kommt, daß gerade diejenigen Staaten, welche solche Gefahren am meisten zu scheuen hätten, selbst jene Maßregeln in die Welt gesetzt haben? England, welches die Silberprägung in Indien eingestellt hat, wäre doch gerade das Land, das am meisten Ursache hätte, sich zu beunruhigen, wenn seine Goldwährung dadurch bedroht erschiene; und das Gleiche kann von der amerikanischen Regierung gesagt werden, deren Präsident, wie die Mehrheit der Bevölkerung, an dem Grundsatz festzuhalten erklärt, daß ihr ganzes Finanzwesen auf dem Vertrauen beruht, alle Verpflichtungen letzter Hand in Gold einzulösen, (wenn auch und gerade weil die Umlaufsmittel auf einem theils aus Gold, theils aus Silber bestehenden Vorrath zusammengesetzt sind). Es ist gar nicht zu verstehen, daß gerade Deutschland jetzt mehr als die beiden bezeichneten Staatswesen, Ursache finden sollte, in den von denselben beschlossenen Maßregeln einen Grund zur Beunruhigung zu sehen. Die Reichsregierung hatte bis jetzt unter dem ersten, wie unter dem zweiten Kanzler immer den gesunden Standpunkt eingenommen, daß, welcher Ansicht man auch in der Währungsfrage sei, Deutschland von allen Staaten am wenigsten Grund habe, mit einem Anstoß zur Prüfung oder Lösung des Problems voranzugehen. Dem entsprach die vom Fürsten Bismarck vorgezeichnete Haltung der deutschen Delegirten auf dem Pariser Kongreß des Jahres 1881, auf welche mit Recht Graf Caprivi, als auch für ihn maßgebend, sich berief. Die Ereignisse des Jahres 1893 mußten nur zur Befestigung dieser Ansicht führen. Nicht nur das: eine der lautesten Klagen ging stets dahin, daß der Niedergang des Silbers den Preis des Getreides in Rußland und Indien herabdrücke. Jetzt hat Indien, wie Rußland, seine Währung vom Silberpreis losgelöst. Es gibt kein Land mehr, das Silber prägt und zugleich auf dem Getreidemarkt konkurrirt! Daher kann nicht der geringste Zweifel darüber aufkommen, daß lediglich taktische Gründe den Reichskanzler zum Verlassen des geraden Weges getrieben haben —

eine Taktik, deren Richtigkeit hier nicht untersucht, aber noch viel weniger gut befunden werden soll. Wenn die im Anschluß an den bekannten Kanzlerbrief im Herrenhause abgegebene Erklärung des preußischen Landwirthschaftsministers sich gleichfalls darauf beschränkte, Fragen zu stellen, ohne deren Beantwortung zu präjudiziren, so ist das doch in Ausdrücken geschehen, welche zu verstehen geben oder geben sollen, daß man nicht aus taktischen Beweggründen, sondern aus sachlichen Erwägungen zur beabsichtigten Prüfung sich angespornt fühlt. Im preußischen Ministerium ist das agrarische Element stark vertreten. Es ist schon lange ruchbar geworden, daß namentlich der Finanzminister mit den Bimetallisten Fühlung genommen hat, und bei der Elastizität seines Geistes ist nicht ausgeschlossen, daß deren Visionen seine Phantasie reizen. In seiner parlamentarischen Zeit bekannte er sich noch zur entgegengesetzten Ansicht. Von einer besonderen Stellung des Handelsministers hatte man bis dato nichts gehört. Aber in neuester Zeit wurde von wohlunterrichteten Personen erzählt, daß just die Besorgniß vor einem gewaltigen Goldabzug nach Indien und Amerika ihm ernstlich zu denken gegeben hätte.

Vielleicht hat gerade das Gutachten des Professors Lexis, der sich eines wohlbegründeten Ansehens und freien Standpunktes rühmen darf, einen besonderen Eindruck auf den Minister gemacht. Beinahe ganz ausschließlich mit den wahrscheinlichen Folgen der indischen Maßregel beschäftigt sich nämlich das erste der vorliegenden Gutachten, welches von diesem ausgezeichneten Gelehrten unterschrieben ist. Bekanntlich ist derselbe durchaus nicht mehr auf Seite der Bimetallisten, zu denen er vor langen Jahren einmal hinneigte. Dies bezeugen auch verschiedene in seinem Gutachten eingeflochtene Aeußerungen, beispielsweise der Ausspruch, daß gegenwärtig in Europa eine fühlbar gewordene Goldknappheit nicht besteht, und an einer anderen Stelle das Zugeständniß, daß Deutschland zu den mit Gold und Kredit genügend ausgestatteten Ländern gehört. Die Vertheidiger der Goldwährung für Deutschland haben mehr gemeinsame Berührungspunkte mit Professor Lexis als deren Gegner. Und gerade, weil er auch von unserer Seite in seinem wissenschaftlichen

Werthe gerechter Würdigung sicher sein kann, ist es interessant, daß sein Urtheil über die wahrscheinlichen Folgen der indischen Maßregel als ein Beweis dafür angerufen werden kann, wie auch bei unbefangener und durchaus sachverständiger Prüfung das Irren nahe liegt für den sich vorzugsweise mit den Eventualitäten der Zukunft auf diesem Gebiete beschäftigenden Sinn. Herr Lexis wird wohl heute selbst nicht bestreiten, daß alles, was er über den künftigen Gang der Dinge voraussehen zu müssen glaubte, bis jetzt nicht eingetreten ist, vielmehr gerade das Gegentheil. Von vornherein meinte er, daß Indien trotz der Zahlungsausgleichungen durch die Tratten der englischen Regierung noch jährlich 130 bis 140 Millionen Mark Edelmetall, wahrscheinlich in Gold, aus Europa zur Begleichung seines Ueberschusses an Ausfuhr werde beziehen müssen.

Die Handelsbilanz Indiens hat sich aber in der zweiten Hälfte des Jahres zum ersten Mal aus einer aktiven in eine passive verändert, woraus allerdings nicht der Schluß gezogen werden soll, daß dies auf die Dauer so bleiben werde. Ohne die übrigens weltkundigen Ziffern der Aus- und Einfuhr hier alle aufzuführen, genügt es, die unverdächtige Autorität des vornehmsten englischen Bimetallisten und Agrariers, des ehemaligen Ministers Chaplin, zu zitiren, welcher in der Sitzung des Unterhauses vom 19. Dezember vergangenen Jahres darauf aufmerksam machte, daß im Monat Oktober die Handelsbilanz gegen Indien 17 Millionen Rupien betrug, während im Oktober 1892 dieselbe sich auf 15 Millionen zum Vortheil Indiens belief, also im Ganzen einen Unterschied von 32 Millionen aufwies. Desgleichen zeigen die Handelsbewegungen, daß die Einstellung der Silberprägung in Indien nicht, wie vielfach erwartet, die Silberverschiffungen dahin vermindert und daß sie auch nicht die Nothwendigkeit einer starken Ergänzung durch Gold herbeigeführt hat. In den drei Monaten Juli bis Oktober überstieg die Einfuhr in Indien die Ausfuhr um 1 200 000 Pfund Sterling, und zwar gerade in Folge zunehmender Silbereinfuhr. Im Monat Dezember gingen noch 700 000 Pfund Sterling Silber von London nach Bombay und Calcutta, und die bis zum 8. Januar

reichenden Ziffern weisen von Neuem 604 000 Pfund Sterling auf, genau so viel, wie in dem gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres weggegangen war. Es sind allerdings Ursachen der verschiedensten und eigenthümlichsten Art, welche diese ganz unerwartete Wendung herbeigeführt haben. Aber es kommt auch auf die Ursachen gar nicht an, wo es sich um den Nachweis handelt, daß alle künftigen Erscheinungen auf dem unendlichen Gebiet der Preis- und Handelsbewegungen überhaupt und ganz besonders in Sachen der Edelmetalle unberechenbar sind. Herr Lexis kann sich ganz mit Recht darauf berufen, daß, wenn er sich geirrt hat, die englische Regierung und ihre indischen Rathgeber das gleiche Loos mit ihm theilen, sie, die doch gewiß als die Berufensten zur Beurtheilung dieser Dinge anerkannt werden müssen. Aber gerade dieser Umstand bekräftigt nur unsere Behauptung, daß alle Zukunftsspekulationen hier zu den größten Täuschungen führen können, und daß es deshalb unverantwortlich ist, einen bestehenden guten Zustand zu zerstören im Hinblick auf das, was man als wahrscheinlich bevorstehend erwartet. Auch darin hat sich Lexis mit der englischen Regierung geirrt, daß er glaubte, die getroffene Maßregel werde der indischen Rupie einen Preis von 16 Pence sichern, ja Lexis war darin noch sanguinischer als die englisch-indische Kommission. Er glaubte nicht nur, daß die englische Regierung ihre Tratten mit Leichtigkeit zu dem in Aussicht genommenen Kurs von 16 Pence verkaufen könne, sondern er erwartete auch, daß man ihr mehr solcher Tratten abverlangen werde, als sie nach ihrem eigenen Bedarf abzugeben im Stande wäre, und er sah die Eventualität voraus, daß, um einen größeren Betrag von Anweisungen auf Indien liefern zu können, die englische Regierung in die Nothwendigkeit käme, Silber am Markte zu kaufen und zur Deckung solcher Tratten nach Indien zu verschiffen, woraus er dann eine weitere Folge von Verlegenheiten ableitet. Bekanntlich nun hat sich diese Voraussicht, welche die indische Kommission zur Festsetzung eines Maximalpreises von 16 Pence für die Rupie bestimmte, als ein schwerer Irrthum herausgestellt, und die ganze Maßregel der Sistirung der Ausprägung wäre viel besser für ihre Urheber abgelaufen, wenn sie sich

nicht unterfangen hätten, in diesem einzigen Punkte ihrer Zukunftsberechnung zu trauen. Bekanntlich ist die englisch-indische Regierung jetzt genöthigt worden, sich zu einer Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling ermächtigen zu lassen, weil es ihr nicht gelingen konnte, zu dem von ihr vorgesehenen Kurs ihre Tratten an den Mann zu bringen; nach den neuesten Berichten hat sie sich sogar entschlossen, ihren Standpunkt aufzugeben, die Grenze, die sie sich selbst gezogen, wieder aufzuheben und Tratten ohne Rücksicht auf jene frühere Limite zu verkaufen.

Um Herrn Lexis durchaus gerecht zu werden, sei hier auch noch erwähnt, daß er seine Wahrscheinlichkeitsberechnungen selbst nicht für die nächste Zeit und nicht mit Gewißheit als unfehlbare aufstellt; aber er gibt doch unter den verschiedenen Eventualitäten, auf die man sich gefaßt machen müsse, den von ihm vorangestellten entschieden die größere Aussicht. Und das genügt, um die von uns aus dem ganzen Vorgange zu ziehende Lehre zu verstärken.

Aus dem ganzen Verlauf der bis jetzt ans Licht getretenen Erscheinungen geht auch hervor, daß weder die Absicht der Regierung noch die Zustände Indiens zur Zeit ein Hindrängen nach dem Ersatz der silbernen Umlaufsmittel durch Goldcirkulation erwarten lassen. Hier, wie in Nordamerika, sind Anstrengungen nach dieser Richtung bis jetzt nicht zu verzeichnen, vielmehr deuten alle Symptome darauf hin, daß der sogenannte Kampf ums Gold durch gewaltsame Aufsaugung des Goldes in diesen beiden Welten noch lange auf sich warten lassen wird, und daß die, welche ihre Anstalten im Glauben an das Eintreffen dieser prophezeiten Thatsachen getroffen hätten, einer verfehlten Spekulation zum Opfer gefallen wären.

Dieselbe von Lexis vorausgesehene Wendung der Dinge ist es gleichwohl, die auch in dem Gutachten von Professor Conrad ausdrücklich als ein Hauptargument angeführt wird. Er fügt noch hinzu, daß zu der durch Indiens künftige Goldbezüge bevorstehenden Gefahr diejenige trete, welche durch den steigenden Verbrauch der Industrie bedingt wäre. Es gibt bis jetzt noch keinen zuverlässigen Gesammtbericht über diesen industriellen Verbrauch; der vom amerikanischen

Münzdirektor angefertigte, welcher noch am meisten Material bietet, macht in Ansehung der dazu verwendeten Hilfsmittel keinen anderen Anspruch als den auf eine redliche Bemühung, zu einem gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit zu gelangen. In Deutschland sind die Resultate der betreffenden Untersuchungen noch ganz unvollständig; die Ziffern Frankreichs — und sie sind gewiß der Berücksichtigung werth — weisen nicht auf eine Zunahme, sondern auf eine Abnahme hin. Nach den Veröffentlichungen des französischen Finanzministeriums belief sich der Verbrauch gemäß den von den Punzirungsämtern eingegangenen Erklärungen im Jahre 1883 auf 12 771 Kilo, im Jahre 1885 auf 9390 Kilo, im Jahre 1889 auf 8495 und im Jahre 1892 auf 8139 Kilo. Die Zunahme der Goldproduktion in der Welt ist in den letzten Jahren so stark gewesen, daß selbst eine unwahrscheinliche Zunahme des Industrieverbrauchs nicht gleichen Schritt mit ihr hätte halten können.

Im Uebrigen steht auch Herr Conrad in der Hauptfrage, wie er selbst konstatirt, viel freier da, als die Bimetallisten. In seinem vorliegenden Gutachten geht er sogar soweit, einzuräumen, daß gegenüber der neuesten Entwicklung der „Produktionsverhältnisse" (also wohl der Zunahme der Silberproduktion) die Zuversicht, daß eine Konvention der Großmächte ein Werthverhältniß auf die Dauer festsetzen könne, erschüttert sei, und er spricht es mit Bedauern aus, daß seiner festen Ueberzeugung nach in absehbarer Zeit auf einen Versuch dieser Art nicht zurückgekommen werden könne. Um den von ihm befürchteten Uebeln vorzubeugen, befreundet er sich mit dem Gedanken, den auch schon andere Nationalökonomen angeregt hätten, „durch ein staatlich garantirtes Werthpapier ein allgemeines Werthmaß mit stabilem Charakter zu schaffen". Praktisch ausgedrückt wird der Gedanke dann in dem Vorschlag,

> „unter Garantie des Staates baar gedeckte Noten auszugeben, die aber weder Goldcertifikate noch Silbercertifikate repräsentiren, sondern Anweisungen, welche zur Hälfte des Werthes in Gold, zur Hälfte in Silber nach dem momentanen Werthverhältniß zwischen Gold und Silber einlösbar sind. Dieses Verhältniß müßte etwa

wöchentlich von einer besonderen Behörde festgestellt werden, zunächst für das eigene Land, bei uns für die Reichsbank. Allmählich mußte die Einrichtung womöglich mit internationaler Autorität für die zu einer allgemeinen Münzkonvention zu vereinigenden Staaten erweitert werden, um damit eine gemeinsame Grundlage für internationale Zahlungen zu gewinnen".

Es wird wohl genügen, diesen Vorschlag hier wörtlich wiederzugeben, ohne in eine Kritik seiner Ausführbarkeit und Heilkraft einzugehen. Wenn man erlebt hat, wie soeben noch eine verhältnißmäßig einfache Maßregel, die Sistirung der indischen Münzen, ihre kompetenten Urheber in ihren nächsten Folgen überrascht hat, wird man, auch ohne tiefer in den Vorschlag einzudringen, vor den unbekannten Folgen eines solchen dunklen Experiments Respekt bekommen; auch thut man wohl Herrn Conrad nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß er selbst schwerlich rathen würde, sofort Hand an die Ausführung seines Gedankens zu legen. Er verhehlt sich die entgegenstehenden Bedenken nicht und schließt mit dem Ausspruch, daß er nicht zu übersehen vermöge, ob die praktischen Schwierigkeiten, die der vorgeschlagenen Maßregel entgegenstehen, zu überwinden sein möchten. Erinnert man sich, zu welchen unerwarteten Verwicklungen die ihrer Zeit so einfach erscheinende Verabredung des Lateinischen Münzbundes im Laufe der Zeit geführt hat, so muß man wohl etwas scheu werden bei dem Gedanken an solche auf dem Wege der Reflexion ausgeklügelten Experimente. Wer hätte beispielsweise noch vor wenigen Jahren daran gedacht, daß in Folge der Bestimmungen des Lateinischen Münzbundes eine Kalamität wie der Abfluß der ganz unterwerthigen Scheidemünze aus Italien eintreten würde? Und wie haben sich die amerikanischen Silberleute geirrt als sie wähnten, mittelst des Shermangesetzes dem Silber dauernd einen hohen Preis zu sichern! Auch unsere Bimetallisten hatten jenes Gesetz als einen großen Erfolg gepriesen. Endlich, welche Enttäuschung hat der vorige Reichsbankpräsident v. Dechend denen bereitet, welchen er voraussagte, daß die Einstellung der deutschen

Silberverkäufe den Preis desselben wieder auf den alten Stand bringen werde! Damals über 50, jetzt 30!

Dieselbe Befürchtung, welche für die Herren Lexis und Conrad in den Vordergrund tritt, beherrscht auch den Geist des Herrn Professor Scharling. Auch er rechnet mit der Möglichkeit, daß die amerikanische Regierung sich demnächst daran begebe, statt des „demonetisirten" Silbers Gold in maßlosen Quantitäten zu kaufen, und daß gleichzeitig die indische Bevölkerung in Folge der Entwerthung des Silbers sich sowohl in ihren Umlaufsmitteln als in ihren Luxusbedürfnissen vorzugsweise dem Golde zuwenden werde. Alle diese Zukunftsbilder sind aber bis jetzt von den Ereignissen widerlegt worden. Indien fährt fort, Silber in Masse heranzuziehen, und in Amerika beschäftigt man sich mit dem Gedanken einer, wenn auch beschränkteren, neuen Silberprägung, auf keinen Fall aber mit einem Ankauf zu einer starken Verbreiterung der Goldunterlage. Wenn Herr Scharling am Schlusse seines Zukunftsbildes damit droht, daß sehr bald zwischen den europäischen Banken ein Kampf ums Gold entbrennen müsse, der „alle früheren ähnlichen Kämpfe übertreffen werde", so muß man zunächst fragen, wo und wann denn in der Vergangenheit diese furchtbaren Kämpfe geführt worden sind.

Abgesehen von diesem an die Auffassung der beiden früher genannten Nationalökonomen sich anschließenden Gedanken bewegt sich das Gutachten des Herrn Scharling auf dem Gebiete des von ihm seit längerer Zeit ganz besonders aufmerksam und eifrig bearbeiteten Wechselverhältnisses zwischen Goldvorrath und Preisbildung. Es ist schon oben bemerkt worden, daß das betreffende Problem eines der schwierigsten in der ganzen Materie, und wenigstens in der von ihm behaupteten Ausdehnung für die meisten Spezialisten ein noch immer ungelöstes ist. Herr Scharling bestreitet diesen Stand der Frage auch nicht, behandelt sie aber in seinen Schlußfolgerungen doch immer so, als wäre sie in seinem Sinn entschieden. Auf eine Erörterung darüber einzugehen, ist gewiß hier nicht der Ort. Herr Scharling, wie manche seiner Kollegen, und besonders der ihm in der Reihe der Gutachten folgende Professor Kleinwächter in Czernowitz,

nehmen als ausgemacht an, daß die gegenwärtige gedrückte Lage der Geschäfte beinahe ausschließlich von der sogenannten Goldknappheit herrühre. Ganz abgesehen davon, daß die oft erwähnten Belege nichts weniger als einen Mangel an Gold für die Gegenwart und Zukunft aufweisen, darf man sich wundern, daß so viele augenfällige Erklärungen für den derzeitigen niedrigen Stand des gesammten Weltverkehrs mit Stillschweigen übergangen werden. Wohl gemerkt, Erklärungen für die schlechten Geschäftskonjunkturen, nicht für den Niedergang der Preise, dem viel natürlichere Erklärungen zu Gebote stehen als der Mangel an Tauschmitteln. Wer das Vermögen besitzt, um etwas käuflich zu erwerben, wird heute weniger als je an diesem Erwerb dadurch gehindert werden, daß die Zahlungsmittel für das im Uebrigen ausführbare Geschäft versagen. Aber der Bedarf an brauchbaren Dingen wie der Drang zu neuen Unternehmungen ist dadurch zurückgegangen, daß enorme Vermögensverluste die Ersparnisse der Nationen eingeschränkt und die Lust zu neuen Anlagen eingeschüchtert haben. Die in den Zahlungseinstellungen der Banken, der Eisenbahnen und der Staaten verlorenen Milliarden sind unproduktiv verbraucht worden, die ehemaligen Besitzer dieser Kapitalien sind um diese Milliarden verarmt. Dazu kommt eine andere schwer wiegende Ursache, die man merkwürdigerweise Jahr aus, Jahr ein in den lebhaftesten Ausdrücken beklagt, ohne die Nutzanwendung daraus zu ziehen, wenn es sich um die Erklärung hervortretender wirthschaftlicher Mißstände handelt. Die ins Unendliche hinaufwachsende Verzehrung der Nationalvermögen, welche die Kriegsrüstungen und die immer vergrößerten Heeresstände nach sich ziehen, beschränkt sich nicht in ihrer Wirkung auf den an sich schon verderblichen Steuerdruck und die Schmälerung der Erwerbsthätigkeit, sondern sie entzieht dem werbenden Kapital der europäischen Nationen mehr und mehr umfassende Beträge, die der unproduktiven Vernichtung anheimfallen. Rechnet man dazu die kostspieligen Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, welche durch Streiks ihre verheerenden Wirkungen nach allen Seiten hin ausbreiten und die Unternehmungslust vermindern helfen, so

hat man Erklärungen genug für den Rückgang der Geschäfte, ohne dafür einen Mangel an Zahlungsmitteln verantwortlich zu machen. Wie jüngst Einer sagte: es fehlt nicht an Geld, nur bekommen es die nicht, welche es umsonst haben möchten.

Wenn Herr Scharling meint, die eifrigen Monometallisten begrüßten mit Entzücken jeden neuen Versuch, dem reinen Goldfuß neues Terrain zu erobern, weil der Bimetallismus den richtigen Prinzipien widerstreite, so versteht er aus dem Grunde, wenigstens die deutschen Monometallisten, ganz falsch, weil deren Befriedigung sich einfach daraus erklärt, daß sie jedesmal, wenn von Neuem ein Staat gezwungen wird, der Silberausprägung zu entsagen, sich Glück wünschen, daß Deutschland den betreffenden Entschluß gefaßt hat, ehe es von der Noth dazu getrieben wurde, und als es sich noch die Verlegenheiten ersparen konnte, mit welchen die nachfolgenden zu rechnen haben. Herr Scharling meint, die Staaten, welche jetzt solche Maßregeln ergreifen, seien bestrebt, durch die „künstliche Veranstaltung eines Verbots von Silberausmünzung" den mißlichen Zustand der Dinge zu vergrößern. Wer kann sich aber der Einsicht verschließen, daß nicht freie Wahl sondern nur die unabweisbare Nothwendigkeit jene Staaten zu den entscheidenden Maßregeln hingetrieben hat? Was Oesterreich im Jahre 1879, was die Lateinischen Staaten im Jahre 1878 gethan haben, dazu sahen sich jetzt Amerika und Indien unwiderstehlich gezwungen. Nur die Voraussicht, daß ihre Währung unrettbar zu Grunde gerichtet würde, wenn nicht Einhalt geschähe, hat sie zu dem Entschlusse bestimmt, durch welchen sie sich vor der Ueberfluthung mit Silber, wenn auch mit unvollkommenen Mitteln, zu bewahren gedenken.

Auch Professor Kleinwächter schließt sich den Erwägungen des Herrn Lexis wegen der von Indien und Amerika drohenden Gefahr eines massenhaften Goldabzuges an. Es ist nicht zu verwundern, daß gerade eine von Lexis aufgestellte Hypothese so verlockend auf die Kollegen gewirkt hat, aber um so belehrender ist auch die Thatsache, daß doch alles ganz anders kommt. Im Uebrigen charakterisirt sich der Standpunkt

des Herrn Kleinwächter durch eine Entschiedenheit, die jede Hoffnung auf Verständigung abschneidet; denn nur zwischen solchen, die noch einigermaßen auf gemeinsamem Boden stehen, ist eine Auseinandersetzung möglich. Wer Deutschlands Uebergang zur Goldwährung im Jahre 1871 und 1873 so unbedingt verhängnißvoll und thöricht findet, wie dieser Professor, kann natürlich in dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nur Grund zur höchsten Beunruhigung finden. Bezeichnender Weise erklärt er sich auch jenen Schritt der deutschen Gesetzgebung vor allen Dingen nur als die Ausgeburt eines politischen Größenwahns und glaubt, daß die wahnwitzige Idee besonders deshalb zu ihrer Ausführung verleitete, weil, wie er sich ausdrückt, „das hierzu erforderliche Gold in den französischen Milliarden fein säuberlich aufgeschichtet in Berlin thatsächlich vorgelegen habe". — „Man brauchte", fährt er fort, „nur zuzugreifen, um das Gold in die Münze zu senden, und die Goldwährung war da." Sich die Vergangenheit in der Phantasie zurecht zu legen, ist indessen nicht so einfach, wie das Prophezeien für die Zukunft. Hier ist schon einige Kontrolle möglich. Ein Blick auf die erste Denkschrift über die Durchführung der Münzreform, welche der Reichskanzler am 4. Mai 1872 vorlegte, lehrt, daß die französische Kriegsentschädigung gerade zur Ausprägung der ersten hundert Millionen Goldmünzen gar nichts geliefert hat, daß vielmehr das Reich dieses Gold käuflich erwarb. In der zweiten Denkschrift vom 5. April 1873, die schon die Ausprägung von 406 Millionen Mark anzeigt, wird ausdrücklich gesagt, daß im Ganzen dazu 85 Millionen aus der französischen Lieferung genommen werden konnten, mit der Bemerkung, daß zeitweise „die Beschaffung des Prägegoldes in der Lage des Marktes Schwierigkeiten fand". Auch weisen bekanntlich die Annalen der volkswirthschaftlichen Berathungen in Deutschland eine ganze Reihe von Beschlüssen und Gutachten auf, welche bereits in den sechziger Jahren zur Einführung der Goldwährung hindrängten. Herr Kleinwächter irrt sich nicht bloß in diesem Punkte, sondern auch z. B. darin, daß er das Königreich Holland unter die Goldwährungsländer rechnet. Zwar hatte die holländische Regierung einen darauf hinzielenden Gesetzentwurf aus-

gearbeitet, aber derselbe wurde am 2. März 1874 mit einer kleinen Mehrheit von der zweiten Kammer des Königsreichs abgelehnt, und seit langen Jahren ist gerade die Regierung dieses Landes wegen ihres starken Silber- und kleinen Goldvorraths eine Hauptvertreterin des Bimetallismus. Noch mehrere derartige Irrthümer figuriren in dem vorliegenden Gutachten, so z. B. die im Vorausgehenden bereits widerlegte Behauptung, daß die italienische Valutareform des Jahres 1881 zu einer stärkeren Anspannung des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber geführt habe. Doch dies sind Versehen, auf welche besonderer Nachdruck nicht zu legen ist, und unbeschadet welcher der Verfasser im Recht sein könnte, wenn er in der Hauptsache Recht hätte. Besonders charakteristisch ist, daß er die Anhänger der Goldwährung als durch ihren „liberalen Doktrinarismus" dazu verführt erachtet. Diese Schattirung erklärt sich bei ihm wahrscheinlich aus dem Umstand, daß er in seiner ganzen Auseinandersetzung zunächst österreichische Verhältnisse im Auge und vielleicht besondere Gründe hat, sich mit den Liberalen dieses Landes nicht zu vertragen. Andererseits ist er trotz aller dieser Gegensätze in einigen Punkten auf dem richtigen Wege zu finden, so z. B. in dem Anerkenntniß, daß die kolossale Steigerung der Silberproduktion einen ihr entsprechenden Rückgang des Silberpreises zur Folge gehabt hat, oder darin, daß er das Shermangesetz eines der widersinnigsten Gesetze, die je erlassen wurden, nennt, welches keinen anderen Zweck gehabt habe, als den Silberpreis im Interesse der Minenbesitzer zu stützen. Auch gehört er zu denen, welche nicht glauben, daß die Grundlage des Verhältnisses von 1 : 15½ bei einer Doppelwährung festzuhalten sei. Als er sein Gutachten ausfertigte, war das Shermangesetz noch nicht abgeschafft, und er hielt es damals nicht für unmöglich, daß die Vereinigten Staaten zur Silberwährung übergingen. Daran schloß er die weitere Folge, daß alsdann Canada sich zu demselben Schritt entscheiden und dieses wieder zu einem Abfall der Kolonie von Großbritannien führen werde! Wenn wir noch hinzufügen, daß er von dem Uebergange der Vereinigten Staaten zur Silberwährung einen kolossalen Aufschwung der dortigen Volks-

wirthschaft erwartet, wird wohl eine nähere Auseinandersetzung mit derartigen in entfernte Extreme ausgesponnenen Prophezeiungen nicht verlangt werden.

In dem Gutachten des Professor Schaeffle ist bei Licht besehen sehr Anfechtbares von unserem Standpunkte aus nicht zu finden. Beinahe sämmtlichen von der Silberpartei aufgestellten Theorien steht er mit mehr oder weniger ausgesprochenen Zweifeln gegenüber, und bei aller Hinneigung zu ihrem letzten Schlusse ist er doch vorsichtig genug, keine Erklärung abzugeben, aus der sich beispielsweise die Nothwendigkeit oder auch nur die Räthlichkeit einer Umkehr Deutschlands deduziren ließe. Das Verhältniß von 1 : 15½ nennt er ein längst hinfälliges und dessen Aufrechthaltung unmöglich. Das Gewicht, „welches die Agrarier auf die mittelbare Prämienwirkung der Silber- und Papierentwerthungsländer gelegt haben,“ erscheint ihm mehr oder weniger übertrieben. Auch stimmt er mit der von uns oben ausgesprochenen Erwartung überein, daß die Maßregeln Indiens und Amerikas nicht die drastischen Wirkungen auf den Goldbedarf haben werden, welche seine Kollegen davon erwarten. Und endlich erklärt er die Annahme, daß die allgemeine Waarenverbilligung im Jahrzehnt 1875/85 eine Folge der Goldknappheit gewesen sei, für übertrieben und unerweisbar. Am Schlusse seines Gutachtens stellt er sich auf die Seite derjenigen, welche immer an der Meinung festgehalten haben, daß eine irgendwie bimetallistische Lösung nur als eine vertragsmäßige im Bunde mit England „zielführlich“ sein könne. Man darf diesen Standpunkt in Anwendung auf die jetzt von Deutschland beschlossene Enquete wohl dahin erweitern, daß die Reichsregierung uns mit dieser Maßregel hätte verschonen können, so lange England nicht aus eigenem Antriebe den ersten Schritt zu solcher Umkehr unternimmt. Nach den Schlußworten des von Herrn Hermann Schmidt in London abgegebenen Gutachtens dürfen die Bimetallisten sich um so eher gedulden, als, wie Herr Schmidt behauptet, „den Engländern, wenn der jetzt beschrittene Weg zur Sicherung Indiens gegen die Währungswirren nicht ausreicht, nichts übrig bleiben wird, als zur Rettung Indiens den Widerstand gegen den

Bimetallismus aufzugeben. „So werde“ — dies sind seine letzten Worte — „die Schließung der indischen Münzstätten dem Silber schließlich die englischen Münzstätten öffnen.“

Dies abzuwarten hätte das Deutsche Reich ohne Zweifel besser gethan, als sich von dem bis jetzt eingehaltenen Weg abdrängen zu lassen. In dem großen Kreise derer, welche das Rütteln an unserer Währung geradezu unbegreiflich finden, beruhigt man sich über das jetzige Vorgehen damit, daß alle solche Versuche erfolglos zu Boden fallen müßten. Wie weit dieser Glaube berechtigt ist, soll im Augenblick nicht untersucht werden. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die eben gethanen amtliche Schritte bereits schädlich wirken müssen. Wer den Gang der Geschäfte kennt, wird nicht zweifeln, daß seit der Erklärung des Landwirthschaftsministers im Herrenhause viele Leute in Deutschland bereits sich die Frage aufgeworfen haben, ob sie nicht zur Erhaltung ihres Vermögens Forderungen und Hypotheken kündigen, deutsche Effekten verkaufen und Sicherheit in ausländischen Anlagen suchen sollen. Ebenso werden Ausländer, die Kapitalien in Deutschland stehen haben, aus ihrer Ruhe aufgeschreckt werden, und die Lust, neue Kreditverbindungen mit Deutschland anzuknüpfen, wird leicht auf das Bedenken stoßen, daß in Folge möglicher Veränderung in unserer Währung bedeutende Schädigung eintreten könne. Ist aber einmal in diesen empfindlichen Dingen der erste Anstoß zu Mißtrauen gegeben, so wird die Fortwirkung in weite Kreise hinaus unberechenbar. Dies Alles führt zu dem Schlusse, daß weise Vorsicht den neuesten von Preußen und dem Reich gethanen Schritten nicht nachzurühmen ist. Eben deshalb kalkuliren diejenigen richtig, welche diese Schritte willkommen heißen, weil Verwirrung und Mißtrauen in die Zahlungsverhältnisse Deutschlands zu bringen ihnen als eine günstige Vorbereitung zu einem Sturm auf das Gebäude unserer Münz- und Bankverfassung erscheint.